

Libausche Zeitung

Gegründet 1824.

Einhundertneunter Jahrgang.

Preis der Einzelnummer Ls. 0.08, Sonnabends Ls. 0.10.

Erst-Beitrag täglich mit Ausnahme der Sonn- und hohen Feiertage. Nachmittags 3 Uhr. Kuzeligen - Annahme für die Nachm.-Ausgabe bis 10 Uhr vormittags.

Geschäftsstelle Poststr. 2. - Telefon 26. Öffnet von 8-4 Uhr. Schriftleitung Telefon 617. Spracht. 1-2 nachm.

Monatlicher Bezugspreis in der Stadt mit Zustellung Ls. 2.-, ohne Zustellung oder von den Ausgabestellen Ls. 1.60, für die Post Ls. 2.-, für Estland und Litauen Ls. 2.-, Deutschland u. a. Ls. 3.-, für das übrige Ausland 50 amerik. Cent. Im Fall höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streik haben die Besteller keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder eines Einzels.

Anzeigenpreis: für die 6 gesp. Zeilen oder deren Raum Ls. 0.10, für Geschäfts- und Vergnügungsanzeigen Ls. 0.16, für Stellengesuche Ls. 0.04. Auslandsanzeigen: Estland Ls. 0.10, Litauen 35 Cent. Deutschland 20 Goldpfennige, das übrige Ausland 5 amerik. Cent. Restanzeigen im Text: für die 4 gesp. Zeilen oder deren Raum Ls. 0.40 für das Ausland: Estland Ls. 0.35, Litauen 30 Cent, Deutschland 60 Goldpfennige, das übrige Ausland 15 amerik. Cent. Auf alle Preise 1/2 Steuerzuschlag. Kuzeligen - Annahme in Riga: Gb. Pöhl, Scheinstraße 16 und 2. Schließung, Ralfstraße 10; in Deutschland: Kuboff, Kasse, Annaberger-Str., Berlin SW 19 u. in allen größeren Annoncen-Expositionen.

No 40 Sonnabend, den 20. Februar 1932

Libausches Neues Theater.
Sonntag, d. 21. Februar um 8 Uhr abends
Gastspiel des Opernsängers Johann Gulbis „Friederike“
Eintrittspreise von Ls 0,40 — 1,10.

Die Flagge auf Halbmaß.

Als unser Stadthaupt seiner Zeit die Flagge des Rathhauses auf Halbmaß setzen ließ, so wollte er damit seiner Trauer Ausdruck geben, daß Woche um Woche in ergebnislosen Verhandlungen verließ, ohne daß die ersehnte „nationale“ Koalition sich zusammengefunden hätte. Er hat durch seine symbolische Handlung mehr erreicht, als er beabsichtigte: nicht nur das Zustandekommen dieser Koalition hat er beschleunigt, er hat ihr gleichzeitig ein verhängnisvolles Zeichen mitgegeben auf ihren Lebensweg.

Die einzigen Erfolge, die die Regierung Stujneel-Kemisch, die aus der nationalen Koalition hervorgegangen ist, zu erreichen verstanden hat, liegen auf dem Gebiet der Kulturpolitik. Hier hat sie doch jedenfalls eine feste Linie gezeigt, freilich nur im Besonderen. Hier hat sie sich immerhin eine gewisse Popularität zu schaffen verstanden, wenigstens bei der kritischen Masse; wenn auch auf Kosten des Besessenen, was wir noch hatten — des guten Rufes unserer Staats im Auslande.

Diesem Scheinfolge auf kulturellem Gebiet steht der völlige Mißerfolg in der Wirtschaftspolitik gegenüber. Schon längst ist es am Tag, daß es gerade hier, wo zielbewusste Aufbauarbeit geleistet werden muß, an einem großzügigen einheitlichen Gedanken gänzlich fehlt. Angstlich tastend versucht man es bald mit dieser, bald mit jener Maßnahme, um bei ihrer Durchführung immer wieder auf unvorhergesehene Schwierigkeiten zu stoßen. Als einziger Ausweg wird die Steuer- schraube unentwegt in Tätigkeit gesetzt, ohne dabei an die unausbleiblichen Folgen zu denken. In richtiger Erkenntnis seiner Ohnmacht bietet der Finanzminister ein über das andere Mal seinen Rücktritt an — um schließlich doch wieder zu bleiben, wenn ein neuer rettender Strohalm gefunden scheint.

Es fehlt der Koalition auch sichtlich an einem einmütigen, auf das Gesamtwohl gerichteten Willen. Trotz des Ernstes der Stunde immer wieder ultimative Forderungen der Parteien, die vielfach Sonderinteressen dienen, aber doch erfüllt werden müssen. Am eifrigsten sind darin, wie gewöhnlich die Lettgaller. Aber auch der Bauernbund bleibt kaum hinter ihnen zurück, wenn er auch in der Form zunächst etwas mehr Zurückhaltung übt. Schon längst ist es kein Geheimnis mehr, daß gerade der Bauernbund sich mit der augenblicklichen Situation auf die Dauer abzufinden, durchaus nicht gewillt ist. Die zweite Geige liegt ihm nicht: er will die Rolle spielen, die seiner Stärke und seiner Bedeutung entspricht.

Daß die Koalition zunächst noch zusammenbleiben wird, trotz aller Unstimmigkeiten und Gegensätze in der Mitte, damit muß freilich gerechnet werden, denn noch ist das Budget nicht unter Dach und Fach, und an seiner Zusammenfassung sind die Beteiligten natürlich alle interessiert.

Doch daß nachher bald der Augenblick kommen wird, wo die Fahne auf unserem Rathaus wieder auf Halbmaß gehen muß, das ist mehr als wahrscheinlich. Denn nicht nur in Kreisen der Opposition, auch innerhalb der Koalition beschäftigt man sich jetzt schon öffentlich mit der Frage, was kommen wird, wenn die jetzige Regierung einmal gehen muß. Und findet keine rechte Antwort darauf.

Im „Latvis“, dem Organ des „Nationalen Verbandes“ wurde diese Frage schon vor einigen Wochen sehr eingehend behandelt, alle Möglichkeiten einer anderen Konstellation wurden erwogen und doch nur ein Ausweg gefunden, der aber auch nicht gangbar scheint: mit den Minderheiten. Zu demselben Resultat kommen die „Progressiven Lettgaller“, die diese Frage jüngst auf ihrem Kongress in Dinaburg behandelten, wenigstens sie schon zögernder sagen: es würde uns nur schwer, möglich sein, zusammen mit den Minderheiten zu gehen. Vorurteillos ist allein der „Sozialdemokrat“, der neuerdings in einem Leitartikel zu verstehen gibt, daß die sozialdemokratische Partei — unter gewissen Bedingungen zur Zusammenarbeit mit den Minderheiten bereit wäre; doch kann es sich hierbei nach der Lage der Dinge wohl nur um eine gemeinsame Opposition handeln.

Der Landtag stützt die Kulturpolitik des Bildungsministers.

1. Plenarsitzung der Winter-session des Landtages vom 19. Februar. (Eigenbericht).

Kurz nach 5 Uhr eröffnet Präsident Dr. P. Kalnin Sitzung und Session mit der Bekanntgabe recht zahlreicher während der Ferien erteilter Ausländerlaube, die sämtlich vom Hause genehmigt werden. Eine Anzahl vom Kabinett eingereicher Gesetzentwürfe wird auf die Kommissionen verteilt, darunter auch das Staatsbudget für 1932/33, welches sattsam bereits seit etwa einem Monat von der Budgetkommission beraten wird. Dann kommt die lange Reihe der während der Parlamentsferien — die heuer jetzt besonders ausgedehnt waren — auf dem Wege des Artikels 81 der Verfassung von der Regierung erlassenen Verordnungen mit Gesetzeskraft. Eine der ersten ist die vom Kabinett auf Initiative des Bildungsministers Kehnin erlassene Verordnung, welche die Chefs der Bildungsverwaltungen der Minderheiten um mehrere Gehaltsklassen heruntersetzt. Hierzu ergreift Schoeler (dt. Fr.) das Wort. Die Bildungschefs der Minderheiten, führt er aus, sind nicht irgendwelche Leiter von Schulabteilungen im Bildungsministerium, sondern gemäß den einschlägigen Gesetzen die offiziellen Vertreter ihrer Nationalität der Regierung gegenüber. Daher bedeutet ihre Verletzung in eine untere Klasse der Beamtenschaft nicht eine Sparmaßnahme, sondern eine beabsichtigte Entwürdigung und Herabsetzung der Minderheiten im Lande, eine Maßnahme, die von blindem Haß diktiert, den durch die Schaffung der Schulautonomie begründeten guten Ruf Lettlands im Auslande in hohem Maße mindern wird. Sie ist aus demselben finsternen und reaktionären Geiste geboren, der seinerzeit in Rußland herrschte und Rußland zugrunde gerichtet hat. Auch Rußland hat zur Ablenkung von wirtschaftlichen Schwierigkeiten den Nationalitätenhaß großgezogen und ist an den Folgen solcher Politik zusammengebrochen. Sollte das nicht ein warnendes Beispiel für Lettland sein?

Breilich (dem. Ztr.) erwidert, die Verordnung berührt die verbrieften Rechte der Chefs der Bildungsverwaltungen in keiner Weise, sie wolle nur eine Sparmaßnahme sein, wie sie auch lettischen Beamten gegenüber angewandt worden sei. Ein Grund zur Aufregung bestehe durchaus nicht.

Der Antrag Schoeler, diese Verordnung abzulehnen, fällt gegen Minderheiten und Kommunisten — die Sozialdemokraten stimmen mit der Mehrheit — durch. Die Verordnung wird der öffentlich-rechtlichen Kommission überwiesen.

Zu einer Verordnung über die

Vereinfachung zur Schiffsahrt, die ausländischen Vergütungsgesellschaften gestattet in der lettlandischen Hoheitszone sich zu betätigen, was bisher nicht erlaubt war, ergreift der Abg. Jahn (dt. Fr.) das Wort, um auszuführen, daß eine solche Neuordnung durch nichts begründet sei. Unter Vorlegung des Falles mit dem gesunkenen Dampfer „Bartawa“ legt der Redner dar, daß bisher ausländische Vergütungsgesellschaften nur dann eine Vergütung erhielten, wenn ihre Arbeit Erfolg hatte, daß aber jetzt ihnen, auch wenn der Erfolg gleich Null ist, sehr hohe Kosten erjezt werden. Es sollten, wie bisher, nur die einheimischen Vergütungsgesellschaften zugelassen werden. Es liege kein Grund vor Ausländern für nichts und wieder nichts große Verdienste zuzuschlagen.

Der Antrag des Redners, die Verordnung abzulehnen, findet jedoch keine Mehrheit.

Eine sehr ausgiebige Aussprache ruft die Verordnung über die besonderen

Kritikenabzüge von den Beamtenegehältern hervor.

Wischna (Soz.) weist darauf hin, daß diese Abzüge nicht nur fast ausschließlich die kleinen Gehaltsempfänger und besonders die staatlichen Arbeiter trafen, während die hohen Beamten sehr glimpflich davonkämen, sondern daß diese Abzüge, die 3% vom Gehalt betragen sollen, durch gewandte Winkelzüge der Steuerbeamten einen Betrag von 3% ausmachten, eine für die kleinen Beamten und Arbeiter ganz untragbare Belastung. Das demokr. Zentrum, welches sich immer als Anwalt der Beamtenschaft aufspielte, aber befürwortete diese Verordnung.

Kirstein (dem. Ztr.) will die Schuld an der Verordnung von seiner Partei abwälzen und sie den Progressisten zuschieben.

Die Vertreter der Bürgerlichen — Behrsin (B.) und Ernin (dem. Ztr.) — suchen die Sache zu verteidigen, während die Linen Seibold (Soz.), Meschul (Kom.) und Pastjan (Soz.) mit Ausdauer gegen sie ankämpfen. Schließlich mündet die Debatte in eine Reihe von Polemiken persönlicher Natur aus. Im Resultat geht die Verordnung doch an die Kommissionen.

Eine weitere Verordnung gestattet dem Staat die Eröffnung von

Brantweinverkaufsstellen im Grenzgebiet, ohne die — bisher erforderliche — Zustimmung der Kommunen einzuholen.

Hierbei entbrennt ein Kampf zwischen den unbedingten Alkoholgegnern — Veidau von den Christlichen und Rudzin (Soz.) — und denjenigen, die den Geheimbrand durch einen staatlich kontrollierten und daher kontrollierbaren Brantweinhandel paralyzieren wollen, doch dringen die Unbedingten in einer geheimen Abstimmung durch: die Verordnung wird mit 3 Stimmen Mehrheit abgelehnt.

Zur Verordnung über die Aufsicht und eine unter Umständen zulässige Uebernahme der Arbeitsbörsen von den Kommunen auf der Staat spricht Wezalan (Soz.). Die Vorlage erregt das starke Mißfallen der Linken, die wohl in den Kommunen — besonders den städtischen — nicht aber in der Regierung maßgebend sind. Sie können sich aber nicht durchsetzen und die Verordnung geht an die soziale Kommission.

Nun folgt eine von den Sozialdemokraten eingebrachte

Dringliche Interpellation an die Regierung in der Arbeitslosenfrage, die von Rudewiz (Soz.) begründet wird. In ihr wird festgestellt, daß die Zahl der Erwerbslosen bereits 40,000 betrage, daß nur 16,000 bei staatlichen Arbeiten beschäftigt sind, 24,000 mithin ohne Subsistenzmittel sind. Was gedenkt die Regierung zu tun, fragt die Interpellation, um für diese 24,000 Arbeit oder Unterstützung zu besorgen?

Nach den Darlegungen von Rudewiz wird die Dringlichkeit angenommen, worauf der „Arbeitslosenbater“ Wezalan (Soz.) in eingehenden Ausführungen die ja wirklich ausweglose Lage vieler Arbeitslosen in drastischer Weise schildert und der Regierung Untätigkeit und Gefühllosigkeit gegenüber den Darbenden vorwirft. Die Herren Minister hätten ja für die Nothe der Arbeiter keine Zeit, sie seien ja mit so wichtigen anderen Dingen beschäftigt. Der bauernbündlerische Abg. Leja - Lejin hält die Schilderungen und Daten des Vorredners für stark übertrieben und schief. Ferner findet er, daß die Regierung außerordentlich viel unternommen habe, um den wirklichen Arbeitslosen zu helfen. Es gebe aber professionelle Arbeitslose und faule Leute, die zu unterhalten der Staat nicht verpflichtet sei. Er halte die Interpellation für unbedeutend.

Nach einer Brandrede Jerschows (Kom.) schließt die erste Sitzung um 1/11 Uhr, ohne daß die Rednerliste erschöpft werden konnte.

Nächste Sitzung — Dienstag, den 23. Februar.



Schützen Sie Ihre Haut durch NIVEA-CREME

vor rauher und kalter Witterung, damit sie nicht rissig und spröde wird. Reiben Sie Ihre Haut allabendlich vor dem Schlafengehen gründlich mit Nivea-Creme ein. Die Gewebe werden jugendlich straff, die Haut wird aktiv und gekräftigt. Wind und Wetter können ihr nicht mehr schaden. Reiben Sie aber auch am Tage, bevor Sie ins Freie gehen, Gesicht und Hände mit Nivea-Creme ein. Sie hinterläßt keinerlei Glanz und gibt Ihnen jenes frisch-gesunde, jugendliche Aussehen, das wir alle so gern haben.

Preis: Ls. 0.50 — 1.60

Ind. A.-G. „Pilot-Riga“, Riga, Stinnesstraße 3

Vom Standpunkt der deutschen Bevölkerung kann diese eng nationalistische, ausschließlich auf die breiten Wählermassen gerichtete Einstellung, von der auch die gemäßigten lettischen bürgerlichen Parteien ergriffen sind, nur schmerzlich bedauert werden. Gewiß nicht, weil es ihr dadurch unmöglich ist, irgendwelche unberechtigte Eigenziele zu erreichen; daß ihre Vertreter im Landtage trotz aller gegenteiliger Behauptungen in der lettischen Presse darnach nie gestrebt haben, das muß selbst der eheliche Gegner zugeben. Auch nicht allein deshalb, weil sie es fast wehrlos erdulden muß, daß ihre kulturellen Belange schauwinstlichen Uebergriffen preisgegeben werden. Sondern vor allem darum, weil die Mehrheit im Landtage es für möglich hält, einen Teil der Bevölkerung ohne jeden sachlichen Grund von der staatlichen Mitarbeit auszuschalten, obgleich er ihm Wollen und Können gewiß nicht absprechen kann. Weil diese kleine Mehrheit es vorzieht, das Schicksal des Staates einem engen Kreise auseinander streubaren Elemente anzuvertrauen, statt

in dieser ersten Stunde alle arbeitswilligen und arbeitsfähigen Kräfte zu selbstloser Zusammenarbeit heranzuziehen.

Inland.

„Die Bestimmungen über die Staatsprache.“

In der gestrigen Nummer des „Waldibas Wehstneiss“ sind die Bestimmungen über die Staatsprache“ publiziert worden. Sie lauten folgendermaßen:

1) Die Staatsprache der Republik Lettlands ist das Lettische.

2) Der Gebrauch der Staatsprache ist in der Armee, Flotte und in allen übrigen staatlichen und kommunalen Institutionen und Unternehmen, wie im Verkehr einzelner Bürger oder juristischer Personen mit diesen obligatorisch.

Anmerkung: 1. Der Gebrauch der Staatsprache im Landtag wird durch seine Ge-

schäftsordnung bestimmt.

Anmerkung: 2. In Sitzungen kommunaler Organisationen kann bis zum Jahre 1935 mit Erlaubnis des Vorsitzenden oder auf Anforderung mindestens eines Drittels d. Mitglieder auch die deutsche und die russische Sprache gebraucht werden, jedoch sind auf Anforderung eines Sitzungsteilnehmers in diesen Sprachen gehaltenen Reden ins Lettische zu übersezen.

3. In städtischen und Gemeinde-Selbstverwaltungen, in denen auf Grund der letzten Volkszählungsdaten die Angehörigen einer völkischen Minderheit nicht weniger als 50 Prozent betragen, kann den Angehörigen dieser Minderheit im Verkehr mit der örtlichen Selbstverwaltung der Gebrauch der deutschen oder der russischen Sprache gestattet werden. Die auf den Sitzungen der genannten Selbstverwaltungsinstitutionen in deutscher oder in russischer Sprache gehaltenen Reden oder Eingaben müssen auf Verlangen eines Versammlungsteilnehmers ins Lettische übersezt werden.

4. In Versammlungen, im kaufmännischen Verkehr, bei der Ausübung eines Kultus, in der Presse, in der Herausgabe von Büchern, in Lehr- und Erziehungsanstalten können im Rahmen der bestehenden Gesetze alle anderen Sprachen frei gebraucht werden.

5. Öffentliche und wirtschaftliche Organisationen, Firmen, private und juristische Personen müssen in den dem Staate, den Selbstverwaltungen oder Amtspersonen einzureichenden, sich auf ihre innere Arbeit beziehenden Zahresberichten, Mitteilungen, Korrespondenzen und Dokumenten, falls deren Originale in irgend einer anderen Sprache ausgestellt sind, eine Uebersetzung in d. Staatsprache beifügen. Das bezieht sich aber nicht auf ihre Bücher.

6. Öffentliche und wirtschaftliche Organisationen,

Firmen und juristische Personen und ihre Organe müssen alle in der Staatsprache erfolgten Eingaben die sich auf ihre Tätigkeit beziehen, auf ihren Sitzungen und Versammlungen, annehmen und beraten.

7. Aushängebilder von Handels- und Industrieunternehmen, Firmen, Agenturen, Gesellschaften, Vereinen, Organisationen, mit Ausnahme der Firmenbezeichnung, sowie die Aushängebilder der freien Berufe, müssen in der Staatsprache abgefaßt sein, ebenso die Siegel und Stempel. Außer der Staatsprache können auch andere Sprachen gebraucht werden, doch muß in dem Falle die Staatsprache an erster Stelle stehen.

8. Im offiziellen Verkehr müssen die Ortsbezeichnungen Lettlands ausschließlich in der Staatsprache angegeben werden.

9. Zur Realisierung dieser Bestimmungen wird das Ministerkabinett besondere Instruktionen herausgeben.

Riga, 18. Februar 1932.
Ministerpräsident u. Innenminister M. S. Lujzevics.

Diplomatische Chronik.

× Riga, 19. Februar. Heute um 11 Uhr vormittags empfing der Staatspräsident Kvečis den Außenminister Sarin, der ihm einen Bericht über die Abrüstungskonferenz in Genf erstattete.

Der französische Gesandte J. Triper besuchte gestern Außenminister Sarin.

Aus den Landtagskommissionen.

× Riga, 20. Februar. Auf der gestrigen Sitzung der Budgetkommission wurde die Frage der Zugabungen zu den Flachspreisen weiterberaten. An den allgemeinen Debatten beteiligten sich die Abgeordneten J. Hahn, J. Pastor, A. Dufurs, J. Breišch, M. Kalistratov und M. Dubin. Schließlich wurde mit 9 gegen 2 Stimmen, bei 3 Stimmenthaltungen (Sozialdemokraten) beschlossen, der Regierung zu gestatten, Zugabungen beim Aufkauf der Flachsernte des Jahres 1931 im Betrage von 25 Prozent vom Flachspreis zu leisten und diese Summe zur Tilgung der Schulden der Flachverkäufer an den Staat zu verwenden.

× Riga, 20. Februar. Auf der gestrigen Sitzung der Bildungskommission wurden die Kulturbedebatten fortgesetzt. Der Abg. Schoeler wies darauf hin, daß die Maßnahmen gegen die Minderheiten dadurch nicht gerechtfertigt werden, daß seinerzeit die lettische Kultur bedrückt worden sei. In Wirklichkeit können die Letten den örtlichen Deutschen für ihre Kultur dankbar sein, die während der Russifikationszeit erreicht haben, daß 90 Prozent der Letten in ihrer Muttersprache zu lesen und zu schreiben verstanden. Dieselben Erfolge die einst die Russifikation hatten, werden jetzt Herr Keinin und seine Gesinnungsgenossen mit ihrer zwangsweisen „Annäherung“ erreichen. Abg. Dehke wies darauf hin, daß Keinin der erste Bildungsminister mit Initiative und Energie sei. Es wäre jedoch besser, wenn er seine Tätigkeit für aufbauende und nicht für zerstörende Arbeit einsetzen würde. Der Abg. Skalte antwortete Schoeler und betonte wieder einmal, daß die Letten ihre Kultur nicht gewaltsam verbreiten wollen. Die Minderheiten hätten die Maßnahmen des Ministers mißverstanden.

Der Abg. Apins (Jungw.) spricht ganz natürl. von den „Vorurteilen“ der Minderheiten, die in der Krisenzeit zu verschwinden hätten. Sehr sachlich äußert sich der Abg. Laiminsch (D. V.), der hervorhebt, daß die Bildungsangelegenheiten der Minoritäten mit deren Einvernehmen in gerechter Weise geregelt werden müßten. Zum Schluß ergreift der Bildungsminister, Herr Keinin, das Wort zur Begründung seiner Politik. Er gibt zu, daß er sich in seinem Vorgehen gegen die Minderheiten nicht allein von finanziellen Erwägungen habe leiten lassen. Er würde glauben er auf die Zustimmung des Landtages rechnen zu können, denn in der

Zur innerpolitischen Lage Deutschlands.

Die Rechtsparteien und die Reichspräsidentenwahlen.

Berlin, 19. Februar. Die Verhandlungen innerhalb der Hugenbergfront, die am Mittwoch zunächst mit einem Wahlabkommen zwischen Deutschnationalen und Stahlhelm geendet haben, werden heute mit den Nationalsozialisten fortgesetzt. Die Vollmacht, die der Parteiführer Hugenberg für die Deutschnationalen bekommen hat, deutet im übrigen ebenfalls darauf hin, daß gewisse feste Beschlüsse bereits gefaßt sind, mit denen man den noch immer zögernden Verhandlungspartner auch heute gegenüber treten will. Diese Beschlüsse, die den Deutschnationalen jetzt ein starkes Rückgrat geben, beruhen eben auf der gemeinsamen Kandidatur, über die sie sich mit dem Stahlhelm einig geworden sind.

Wenn die Blätter der Linken, vor allen der „Vorwärts“, behaupten, daß der Kandidat der Harzburger Front oder auch nur des Stahlhelm und der Deutschnationalen zusammen Prinz Oskar von Preußen sei, so ist das nach unserer Unterrichtung vollkommen falsch. Der Prinz, der vor einiger Zeit auf einem Vertretertag bereits zum Mitglied des Parteivorstandes gewählt worden war, ist nunmehr, nachdem die Genehmigung aus Doorn vor wenigen Tagen bei ihm einging, zum ersten Male im Parteivorstand anwesend gewesen, und die Hervorhebung dieses Umstandes durch die Pressestelle der Deutschnationalen hat keine andere Bedeutung, als die, daß den deutschnationalen Wählern doch eben von der Tatsache der Mitgliedschaft im Parteivorstand Mitteilung gemacht werden sollte. An eine Aufstellung des Prinzen als gemeinsamen Kandidaten ist in gar keiner Weise gedacht.

Adolf Hitler ist bisher immer noch nicht in Berlin eingetroffen, so daß es noch nicht sicher ist, ob die Verhandlungen innerhalb der Harzburger Front heute in seiner Anwesenheit oder nur durch seine Mittelsmänner geführt werden können. Niemand zweifelt aber mehr daran, daß die Nationalsozialisten unter allen Umständen auf ihrem eigenen Mann bestehen und es dem Stahlhelm und den Deutschnationalen höchstens überlassen werden, gleichfalls für den nationalsozialistischen Kandidaten zu stimmen.

Die Vorbereitungen zum Zusammentritt des Reichstages.

Berlin, 19. Februar. Zu Beginn der Plenarverhandlungen des Reichstages in der nächsten Woche werden die Nationalsozialisten einen Mißtrauensantrag gegen das Gesamtkabinett Brüning und einen Antrag auf Auflösung des Reichstages

einbringen. Die Kommunisten haben bereits gestern einen Mißtrauensantrag gegen das Gesamtkabinett Brüning und einen besonderen gegen Minister Groener eingebracht. Der Vorkonferenzrat des Reichstages, der für Montag einberufen ist, wird sich mit der Frage zu beschäftigen, ob diese Mißtrauensanträge mit der Beratung über die Reichspräsidentenwahl, die vorläufig als einziger Punkt auf der Tagesordnung der nächsten Reichstagsitzung am Dienstag steht, verbunden werden sollen oder ob die Mißtrauensvoten als besonderer Punkt auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Wie vom Nachrichtenbüro des V. D. Z. verlautet, ist bisher vorgesehen, daß die große politische Aussprache nicht etwa durch längere Darlegungen des Reichstanzlers eingeleitet wird, es ist vielmehr beabsichtigt, daß nur Reichsinnenminister Groener zu Beginn der Sitzung das Wort nimmt, um den Vorschlag der Reichsregierung für die Präsidentenwahl zu begründen. Dr. Brüning wird sich jedoch zum Eingreifen in die Debatte bereithalten. Je nach dem Verlauf der Aussprache werden der Reichstanzler oder auch andere Regierungsmitglieder das Wort nehmen. Das Schicksal des Kabinetts Brüning wird wieder, wie schon mehrmals im wesentlichen, von der Haltung der Deutschen Volkspartei, des Landvolks und der Wirtschaftspartei gegenüber den Mißtrauensanträgen abhängen. Diese Fraktionen werden ihren Entschluß wahrscheinlich wieder bis zum letzten Augenblick zurückhalten. Ihre Fraktionsführer sind für Montag und Dienstag anberaumt.

Baldige Wiedereröffnung der Berliner Börse.

LTA. Berlin, 19. Februar. Der Rat der deutschen Effektenbörse hat beschlossen, ab 25. Februar die Tätigkeit der Berliner Börse vorläufig auf 2 Stunden täglich, von 12 bis 14 Uhr zu erneuern.

Ein deutliches Licht auf die Lage des Außenhandels wirft der heute veröffentlichte Bericht des Kontrollinstituts für den deutschen Außenhandel. Dieser Bericht behandelt u. a. die Frage, welchen Einfluß auf den Außenhandel die Aufhebung des Goldstandards in England und anderen Staaten gehabt hat. Es sei festzustellen, daß diese Staaten nur geringe Vorteile vom Sinken ihrer Wäluaturs erzielt haben. Die Deviseneinschränkungen, Einfuhrverbote und Erhöhung der Zolltarife haben einen lähmenden Einfluß auf den internationalen Warenumsatz ausgeübt. Der Außenhandel werde sich auch dann nicht beleben, wenn noch weitere Staaten den Goldstandard aufheben sollten.

Verdoppeln Sie Ihren Gewinn!

Durch Beteiligung an der Geldlotterie des Roten Kreuzes Nr. 24 mit Doppellosen (Losen beider Serien). Ein Doppellos gewinnt einen doppelten Gewinnbetrag, darum können Sie mit einem solchen Los 60.000, Lat, 40.000 Lat, 20.000 Lat, 10.000 Lat und viele andere bedeutende Beträge gewinnen. Jedes dritte Los gewinnt.

Auch Fünftallose zum Besten notleidender Kinder sind von beiden Serien erhältlich und die Fünftallose beider Serien gewinnen ebenfalls den doppelten Betrag.

Die Verlosung beginnt am 7. März.

Zwei Ehen.

Roman von Hans Schulze.

(12. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

Was hatte er sich einst von dieser Ehe erträumt und wie hatte sie sich in den letzten Jahren für ihn und Ruth entwickelt. Wie eine unsichtbare Mauer hatte sich langsam eine seelische Entfremdung zwischen ihnen aufgerichtet, kaum merkbar zuerst und doch unaufhaltsam wachsend, bis sie sich innerlich immer weiter von einander entfernt hatten, daß sie heute mehr über diese Luft hinwegführte. Seit langem schon hatte diese innerliche Entfremdung auch äußerlich in ihrer Ausdrucks gefunden, daß Alsleben in den oberen Stock der Villa gezogen war und das einzige gemeinsame Schlafzimmer Ruth und ihrer heranwachsenden Tochter überlassen war.

Die Anregung zu dieser rätselhaften Trennung war ursprünglich von ihm selbst ausgegangen, da er meist schon am frühen Morgen zur Arbeit hinausfuhr und oft erst in der späten Abendstunde heimzukommen pflegte, so daß sich die Ehegatten zuweilen wochenlang kaum bei den Mahlzeiten gesehen und gesprochen und sich schließlich ein Zustand stillschweigenden Einverständnisses herausgebildet hatte, daß jeder von ihnen seine eigenen Wege ging.

Ruth lebte ganz der Erziehung Margots, an die sie sich um so inniger angeschlossen, als ihr ein weiteres Kind bisher versagt geblieben war; der Haushalt lief mit vorbildlicher Ordnung und Pünktlichkeit, in den Kreisen aller Freunde und Bekannten galt ihre Ehe einfach als musterhaft glücklich und harmonisch. Und doch fehlte ihrem Verhältnis zu ihrem zweiten Gatten der Grundton wahrer Herzenskameradschaft, hatte ihm von Anfang an gefehlt, nachdem der kurze Kauf der Fliederwohnen verfallen war. Alsleben hatte in der ersten Zeit mit aller Kraft seiner großen, verlangenden Liebe gegen diese langsame Auflösung seiner Ehe angekämpft, die er anfangs der zerstörenden Trägheit des Alltags, der Arbeitsangesamtheit seines Lebens zugeschrieben hatte. Dann aber war er allmählich inne geworden, daß etwas anderes der Verwirklichung seiner höchsten Lebenshoffnungen entgegenstand, daß die Spur des Anderen in der Seele Ruths noch immer nicht ganz ausgelöscht war,

jenes Anderen, dem sie auch über den Tod hinaus im geheimsten Innern unbewußt die Treue hielt.

Zuweilen, wenn nachts das leidenschaftliche Begehren nach der geliebten Frau bis ins Grenzenlose in ihm wuchs, überdachte er immer wieder, was eigentlich geschehen sollte, wenn Walter Kotter eines Tages aus Amerika wiederkehrte und sein Eigentum von ihm zurückforderte. Daß dieser Tag der Abrechnung, einst kommen würde, kommen mußte, war seine felsenfeste Überzeugung, wenn auch schon ein halbes Dutzend Jahre seit jener verhängnisvollen Botschaft an seinem Hochzeitstage ohne ein weiteres Lebenszeichen des Verschollenen ins Land gegangen waren. Und ebenso hatte sich ein seltsamer Gedanke allmählich immer fester in ihm eingenistet, daß Ruth sich erst dann seelisch zu ihm finden und in ihrer Ehe mit ihm eins werden würde, wenn jener lebende Tote wirklich tot und das geheime Band, das sie noch immer an ihn fesselte, endgültig zerrissen war.

In solchen Augenblicken überkam ihn oft eine rasende Eifersucht gegen den Mann, den er als den geheimen Zerstörer seines Lebensglücks empfand, daß er auch vor dem Letzten, vor Mord und Gewalttat nicht zurückgeschreckt wäre, um sich endlich die Frau zu erobern, an deren blonder Schönheit er noch immer mit all der verhaltenen Leidenschaft seines Herzens, mit der ganzen Sehnsucht des aus dem Paradies Ausgestoßenen hing.

Ein leises Kopfen schredte ihn jetzt aus seinem Brüten auf. Das blaße Gesicht seiner Privatsekretärin erschien in der Türöffnung. „Rufen Sie für heute Ihren Kram zusammen Fräulein Herrmann!“ rief er ihr entgegen. „Das Diktat kann bis morgen bleiben. Ich werde auch bald Schluß machen!“

Das kleine Fräulein nickte einen schüchternen Dank.

„Ein Herr wünscht den Herrn Doktor noch zu sprechen!“ sagte sie dann. Er wartet im Vorzimmer!“ Alsleben sah unmutig auf seine Schreibtischuhr.

„Halb neun! Ich empfangen heute keine Besuche mehr!“

„Das hab' ich dem Herrn auch schon zu verstehen gegeben, aber er will sich durchaus nicht abweisen lassen. Hier ist seine Karte!“

Alsleben bog das dünne Blatt unschlüssig hin und her.

„George Webster, Los Angeles!“ las er halblaut. „Wahrscheinlich wieder einer der immer eifrigeren Vertreter der amerikanischen Wollspinnerei, für die er seit einiger Zeit ein paar große Projekte führt.“

„Ich lasse den Herrn bitten“, sagte er endlich ergebungslos. „Geben Sie mir inzwischen noch die Steuerakten der Wollspinnerei herein. Dann sind Sie in Gnaden entlassen!“

„Womit kann ich Ihnen zu Diensten sein?“ Ein großer Herr in einem unauffällig gemusterten Reizeanzug war eingetreten, schlank und doch breit in den Schultern, mit blondem Spitzbart und dunkler Hornbrille.

„Ich bitte wegen der späten Störung vielmals um Entschuldigung!“ begann er mit einem leicht englisch gefärbten Akzent. „Aber ich möchte eine sehr dringende Angelegenheit gern noch heute mit Ihnen erledigen!“

Alsleben horchte auf, irgend etwas in der Stimme des Freundes erweckte in ihm eine unbestimmte Erinnerung.

„Wollen Sie gefälligst Platz nehmen!“ sagte er dann höflich. „Hier stehen Zigarren und Zigaretten. Bitte, sich ganz nach Wunsch zu bedienen!“

Der Amerikaner ließ sich in einem Klubstuhl an dem großen Mittelstück nieder und schlug bedächtig die Beine übereinander.

„Ich habe diese vorgerückte Stunde absichtlich gewählt, weil ich Sie in Ihren Büro möglichst allein und ungehindert sprechen wollte!“

Dann nahm er mit einer raschen Bewegung seine Brille ab.

„Erkennst du mich wirklich nicht wieder, Alfred? Sieben Jahre sind freilich eine lange Zeit!“

Alsleben schredte zusammen.

Alles Blut strömte ihm plötzlich zum Herzen, mit beiden Händen klammerte er sich an die Lehne seines Schreibstuhls.

„Walter Kotter?“ fragte er leise mit verjagender Stimme.

Der Fremde war aufgestanden und reckte in eifriger Wiedersehensfreude weit die Arme.

„Derselbe in Lebensgröße, alter Junge! Es tut mir leid, daß ich dich offenbar erschreckt habe. Aber nun laß dich erst einmal richtig begrüßen und dir danken für alles, was du für mich getan hast!“

Kommision habe es sich herausgestellt, daß seine Grundzüge anerkannt wurden.

Auf der gestrigen Sitzung der Finanzkommission beschäftigte man sich wiederum mit dem Umfahrteuergebot. Auch gestern war keiner der Kommissionsmitglieder bereit, das Referat zu übernehmen und es wurde beschlossen, der Plenarversammlung hierüber Mitteilung zu machen. Es ist wohl anzunehmen, daß die Regierung das Projekt zurücknehmen wird. Ferner wurde beschlossen, am nächsten Mittwoch in gemeinsamer Sitzung mit der Budget- und der Agrarkommission das Getreidemonopolgesetz zu beraten.

Aus Mitau und Semgallen.

× Wiederum Streit in der Höfischen Fabrik wegen unregelmäßiger Lohnauszahlung traten Arbeiter der Höfischen Flachspinnerei in Auslaube. Die Bemühungen des Arbeitsinspektors, den Streik beizulegen, hatten keinen Erfolg. An Arbeit fehlt der Spinnerei nicht.

Aus Windau.

8. Errichtung einer großen Fischräucherei in Windau. In Windau, dem weit größten Fischzentrum Lettlands mit 500 anjässigen Fischern, 35 Fischereimotorbooten, befinden sich die Fischräuchereien und Konservierungsanstalten noch in einem äußerst primitiven Zustande. Ein Mißstand liegt zweifellos darin, daß die Fischer selbst an diesen Unternehmen nur in geringstem Maße oder fast gar nicht interessiert sind, da es sich vornehmlich um den Zwischenhandel handelt, der vielfach auf eigene Rechnung fischen läßt. Um dieser unliebsamen Konkurrenz zu begegnen, beabsichtigt nunmehr der Windauer Fischereikooperativ eine eigene Fischräucherei, modernen Ausmaße zu errichten, zu welcher Zweck bereits ein dafür geeignetes Grundstück erworben und mit den Vorarbeiten begonnen worden ist. Diese neue Fischräucherei soll die größte in Lettland werden und sich auch intensiv mit dem Salzen der Weilein nur schwer unterzubringenden großen Sommerfänge beschäftigen. Gleichzeitg soll der gesamte Fischhandel gründlich reorganisiert werden, und zwar in der Weise, daß der Zwischenhandel nach Möglichkeit auf ein geringtes Maß beschränkt und der gesamte Fischhandel durch die einzelnen Fischereikooperativen und die Zentrale in Riga geleitet wird. Der Landwirtschaftsminister bringt dieser Neugestaltung der einheimischen Fischerei lebhaftes Interesse entgegen und hat dem Windauer Fischereikooperativ bereits eine größere Geldunterstützung zugesagt.

8. Unhaltbare Notlage der Windauer Fischer. Infolge der fast völligen Ergebnislosigkeit des Fischfangs bis zum Eintritt der Frühjahrszeit sind die Windauer Fischer in letzter Zeit in große wirtschaftliche Not geraten, so daß viele von ihnen nebst ihren Familienangehörigen im wahren Sinne des Wortes Hunger leiden. Zahlreiche Fischer haben sich bereits als Arbeitslose registrieren lassen oder suchen zu zweifeln Gelegenheitsarbeiten.

Aus Riga.

× Die Schiffe verlassen ihr Winterlager. Wegen der schweren Eisverhältnisse im Rigaer Meeresteil laufen im Rigaer Hafen fast gar keine Schiffe ein u. deshalb werden die zu exportierenden Waren in ausgelegten Dampfer zur Förderung angeboten. In Zusammenhänge damit haben die Dampfer „Lewits“, „Stauts“, „Donator“ und „Lettonia“ ihr Winterlager bereits verlassen.

— Aufdeckung einer kommunistischen Drucker. In der vorgestrigen Nacht nahmen die Beamten der politischen Verwaltung in einem Vorhause an der Dorotheenstraße eine Hausdurchsuchung vor und fanden in einem größeren Zimmer eine Geheimdruckerei. Es wurde ein ganzer Haufen frischgedruckter Flugblätter gefunden. Die Druckerei leitete

Auch Alsleben hatte sich erhoben und legte sein plötzlich eiskalt gewordene Rechte in die Hand des Freundes. Er dachte auf einmal ganz sinnlos und zusammenhanglos, wie ein dickes Gebäl lag es über den Augen.

„Auch ich freue mich, daß du in die alte Heimat zurückgefunden hast!“ sagte er, halb ohne zu wissen, was seine Worte eigentlich bedeuteten.

Kotter hatte sich rittlings auf der Seitenlehne seines Klubstuhls niedergelassen, seine Augen strahlten, sein ganzes Gesicht schien wie von einem inneren Feuer durchglüht.

„Heut früh bin ich in Hamburg an Land gegangen und mit dem nächsten Zuge sofort hier weitergefahren. Ich hab es ja kaum mehr aushalten vor Sehnsucht nach dem alten Nest. Und allem nach Weib und Kind. Es ist ja auch schon eine halbe Ewigkeit her, seit ich dir zum letzten Male gegenübergesessen habe!“

Er war bei diesen Worten an das Fenster getreten und schaute in die trauliche Dämmerung Marktes hinaus.

„Es ist wirklich noch alles wie einst!“ fuhr er dann behaglich fort. „Als ob die Zeit hier stehen geblieben wäre. Auch drüben im „Deutschen Haus“ hab' ich bis auf eine moderne Tanzdielen keine große Veränderung gefunden. Der Wirt, unser Stammstischhaber, die Theres am Büfett, alle ein bißchen älter und grauer geworden. Aber sonst ganz alt. Erkenntst du mich übrigens niemand!“

Alsleben zuckte die Achseln.

„Wie sollten sie auch! Du hast dich in deiner äußeren Erscheinung ja vollständig amerikanisiert. Und dann kommt schließlich auch niemand auf Gedanken, daß du plötzlich wieder ausleben könntest, nachdem du vor sieben Jahren mit allen dir gebührenden Ehren feierlich zu Grabe getragen worden bist!“

(Fortsetzung folgt.)

Das unsichtbare System.

„Mutti“, sagt das Söhnchen des Bankdirektors, „ich hab' eine großartige Idee.“

„Na, und?“

„Du borgst mir zehn Mark, gibst mir aber fünf. Dann schulde ich dir fünf und du mir fünf und dann sind wir quitt. Fein, was?“

Volkswirtschaft.

Die Drofflung der Privatwirtschaft.

Die von der gegenwärtigen nationalen Regierung unter der Devise „Befämpfung der Wirtschaftskrise“ bzw. „Erhöhung der Staatssteuern“ durchgeführten Maßnahmen lassen immer deutlicher erkennen, daß wir uns auf einem höchst gefährlichen Wege befinden: der Abkehr der Privatwirtschaft und ihrer Drofflung zugunsten der Staatswirtschaft.

Die Anfänge dieser Entwicklung gehen auf die Jahreswende 1930/31 zurück, als von der damaligen alten Regierung die ersten Kreditrestriktionen durchgeführt wurden. Man ging dabei äußerst rigoros vor, kürzte ganz mechanisch die Kredite den Privatbanken, ohne auf ihren tatsächlichen Kreditbedarf oder die Solidität der einzelnen Institute Rücksicht zu nehmen. Als dagegen die Banken dem um die Jahresmitte einsetzenden Run auf ihre Kassen nicht gewachsen waren und dringend der Hilfe bedurften, verhielt sich die Finanzleitung vollkommen passiv und begnügte sich mit dem Erlass von Verordnungen, die den bestehenden Zustand einfach sanktionierten.

Dann kam die Bedrohung der Liquidität durch den zunehmenden Devisenabfluß in Verbindung mit dem Rückgang des Fremdwertes und einigen anderen negativen Wirtschaftsercheinungen. Die Regierung erließ das Dekret über die Einschränkung des freien Devisenhandels und dessen Konzentrierung in der Bank von Lettland. Die zu diesem Zweck eingesetzte Valutakommission erhielt auch das Recht, über die Bewilligung von Devisen an Privatfirmen zu entscheiden. Dazu trat dann Mitte Oktober die Verordnung über die Ein- und Ausfuhr von Zahlungsmitteln und Wertmetallen.

Der Ausschluß der Privatbanken vom Devisenhandel nahm ihnen die letzten Verdienstmöglichkeiten. Degradierte sie außerdem moralisch, als wären es Anstalten, denen die Regierung bei der Durchführung wichtiger Finanzmaßnahmen kein Vertrauen entgegenbringen könne. Die Unhaltbarkeit dieses Zustandes trat jedoch erst und ganz erst dann zutage, als es sich herausstellte, daß die Emissionsbank ihrer neuen Aufgabe, den gesamten Devisenverkehr des Landes zu bewältigen, nicht gewachsen war. Die betreffende Verordnung mußte abgeändert und der Devisenhandel unter gewissen Vorbehalten wieder auf die Privatbanken ausgedehnt werden.

Die nächste Aktion zur Drofflung der Privatwirtschaft richtete sich gegen den Importhandel. Zum Zwecke der Aktivierung der Handelsbilanz und gleichzeitig zur Stärkung der Devisenbestände wurde die Importkontingentierung eingeführt. Eine ganze Anzahl von Importunternehmungen sah sich gezwungen, den Betrieb stark einzuschränken oder ganz einzustellen.

In eine ganz neue Phase ist das Vorgehen gegen die Privatwirtschaft mit der Übernahme der Regierungsgeschäfte durch das sog. nationale Kabinett eingetreten. Um das völlig aus dem Gleichgewicht geratene Budget auszubalancieren, erachtete es die neue Regierung für notwendig, der Privatwirtschaft unerhörte neue Lasten in der Form von Steuererhöhungen, neuen Steuern, Abgaben und anderen Leistungen aufzuerlegen. Da diese Maßnahme aber wegen der völlig erschöpften Steuerkraft der Bevölkerung offensichtlich nicht ausreicht, selbst den durch die Einfuhrbeschränkungen entstandenen Ausfall an Zolleinnahmen zu decken, geschweige denn das Budget auszubalancieren, hat man neuerdings eine neue, leider völlig abwegige Idee aufgegriffen — die der Staatsmonopole. Die Einführung von Staatsmonopolen wird plötzlich mit dem größten Nachdruck und bei jeder Gelegenheit als alleiniger Ausweg aus der schwierigen Finanzlage des Staates anempfohlen und solche Projekte mehrten sich von Tag zu Tag. Es sollen eingeführt werden: ein Getreidemonopol, Benzinmonopol, Petroleummonopol, Kohlenmonopol, Tabakmonopol, ja sogar ein Filmmonopol. Als Motive hierfür werden meist angeführt: Vergrößerung der Staatseinnahmen, günstigere Beeinflussung der Handelsbilanz (der Staat sei dann in der Lage, die Einfuhrmonopole zu Kompensationszwecken auszunutzen) und Stärkung der Devisenbestände. Außerdem wird den Staatsmonopolen eine bessere Rentabilität unterstellt, die der Gesamtwirtschaft zugutekommen soll.

Was zunächst die Entwicklung der Monopole anbelangt, so gab es eine Zeit, in der das Monopolverhalten in Lettland stark verbreitet war. Das war in den ersten Jahren nach der Staatsgründung der Fall. Hierüber berichtet der lettische Wirtschaftsjournalist Albert Salts in seinem vor zwei Jahren erschienenen Buch „Lettlands Wirtschaft und Wirtschaftspolitik“ folgendes: „Anfangs wurde eine ganze Reihe staatlicher Monopole ins Leben gerufen, so z. B. d. Flachsmonopol, das Leinsaatmonopol, das Ledermonopol u. a. Es wurde sogar ein besonderes Versorgungsministerium organisiert, das sich mit der Ausführung sehr komplizierter Handelsoperationen befaßte. Bald mußte jedoch ein Teil der Monopole liquidiert werden. Es stellte sich heraus, daß der Staat sich als schlechter Kaufmann und Industrielandbesitzer erwies. Somit lag der Grund für die später erfolgte Aufhebung der Monopole in dem Unvermögen des Staates, sich kaufmännisch oder industriell erfolgreich zu betätigen.“

In der Tat bringt von den heute bestehenden Monopolen nur das Spiritusmonopol dem Staat einen Gewinn. Das Flachsmonopol ist längst unrentabel geworden und erfordert Zuschüsse, die in die Millionen Lat gehen. Das Anfang dieses Jahres eingeführte Zuckermopol basierte von vornherein auf einer Erhöhung des Zuckerpreises zu Lasten der

Verbraucher und was die Organisation desselben an betrifft, so werden darüber bereits schon jetzt Dinge berichtet, die eine erfolgreiche Betätigung des Staates auf diesem Gebiet als sehr problematisch erscheinen lassen.

Recht trübe Erfahrungen hat man auch mit dem staatlichen Getreidekauf gemacht. Es funktionierte nicht nur die technische Organisation der Getreideaufnahme mangelhaft, sondern es gingen dem Staate große Werte durch die schlechte Einlagerung des Getreides verloren. Deshalb kann man der Einführung eines staatlichen Getreidemonopols nur mit Skepsis gegenübersehen.

Das Kohlenmonopol soll die Ersparnis von Devisen bewirken, indem anstelle von Steinkohle inländisches Holz und Torf verwendet wird, was gleichzeitig die Rationalisierung der Forstwirtschaft ermöglichen soll. Zu dieser Frage äußerte sich kürzlich der ehem. Verkehrsminister K. Kreems in seinem Blatt „Prihva Doma“ beziehungsweise mit dem Ausruf: „Selig sind, die da glauben!“ K. warnt vor solchen „Wundermitteln“ und weist darauf hin, daß der Hauptverbraucher von eingeführter Kohle die Eisenbahn ist. Diese verbraucht 25 Pzt. aller Kohle. Daher sollte man annehmen, daß die Eisenbahnverwaltung die Kohle billiger als andere Verbraucher einkaufen. In Wirklichkeit ist jedoch das Gegenteil der Fall. So hat das Eisenbahntariffamt im vergangenen Jahr bei einem Liefersauftrag von 85.000 Tons Kohle mit 21 Lat pro Tonne abgeschlossen, wohingegen das Libauer Elektrizitätswerk bei einem Auftrag von 8000 Tons nur 19,10 Lat gezahlt habe. Somit stellte sich der Preis für einen zehnmal größeren Posten um 10 Prozent teurer. „Welche Garantie haben wir“, ruft der Verfasser aus, „daß die staatliche Monopolverwaltung bei einem 5mal so großen Auftrag nicht noch 4—10 Pzt. mehr bezahlt?“

Daß der Staat sich als schlechter Kaufmann bewährt, kann man auch an verschiedenen anderen Beispielen zeigen. Wir erinnern an den Kauf des „Erglis“, die unvorteilhaften Eisenbahnmaterialeinkäufe in Frankreich, die verlustbringenden Flachsverkäufe während der Herrschaft der Sozialdemokraten, die noch schwebende Angelegenheit des Ankaufs eines Entwässerungsapparates durch die Spiritusmonopolverwaltung usw. Der Staat kalkuliert aber auch oft falsch (das wird gerade jetzt von sachmännischer Seite in bezug auf die Kalkulation des Benzin- und Petroleummonopols behauptet), er ist längst nicht imstande, die jeweilige Marktlage so zu erfassen wie der private Kaufmann oder Industrielandbesitzer, er verfügt auch nicht annähernd über die Fachkenntnisse und Erfahrungen eines Privatunternehmers.

Ganz abgesehen von diesen Erwägungen, wirken Monopole bei unseren Verhältnissen, wie die Erfahrung zeigt, preistreibend. Das sollte gerade in heutiger Zeit, wo eine Verbilligung der

Produktion und Senkung des Lebensstandards mit allen Mitteln anzustreben wäre, bedacht werden. Auch kann der Staat dem freien preisregulierenden Wettbewerb der Privatwirtschaft lediglich einen bürokratisch aufgelegenen Beamtenapparat entgegenstellen, wo die Entschlüsse nach einer Schablone, ohne persönliches Interesse und Verantwortungsgefühl gefaßt werden. Daher kann ein Staatsmonopol in der Regel nie die Vorteile eines Privatunternehmens ergeben.

Auf der anderen Seite ist zu berücksichtigen, daß die Einführung von Staatsmonopolen ganze Zweige der Privatwirtschaft stilllegt, und mögen sie noch so erfolgreich gearbeitet haben. Die stellenlos gewordenen Arbeiter und Angestellten fallen dem Staat wieder an anderer Stelle zur Last und vermehren die Zahl der Arbeitslosen.

Somit kann die Einführung von Staatsmonopolen in Lettland den erwarteten volkswirtschaftlichen Nutzen nicht ergeben und ist daher im Prinzip als Baltischen Wirtschaftskonferenz angenommen, von den größeren Wirtschaftsorganisationen Lettlands vertreten und er kommt ebenso in der von der 2. Baltischen Wirtschaftskonferenz angenommen, von Syndikus W. Feld, Riga, aufgestellten 4. These zum Ausdruck, die wie folgt lautet: „Staatliche Monopole sind im allgemeinen gleichfalls unerwünscht und sind nur in Ausnahmefällen zulässig, wenn sie in volkswirtschaftlicher Hinsicht unbedingt gerechtfertigt erscheinen.“

Nach dem oben Dargelegten ist letzteres aber bei unseren Verhältnissen nicht der Fall.

Geringe Zunahme der Valutavorräte.

Die Wochenübersicht der Lettlandbank für die vergangene Woche weist im Allgemeinen ein ziemlich günstiges Bild auf. Die Goldvorräte haben sich wiederum um ca. 2000 Lat vermehrt und die Vorräte an Auslandvaluta sind von 13.289.105 auf 13.347.568 Lat gestiegen. Der Zuwachs ist allerdings nicht groß, aber man muß in Betracht ziehen, daß die Valutavorräte kurz vorher zwei Wochen nach der Reihe sich sogar verringerten. Der Bestand an kurzfristigen Wechseln hat sich um ca. 400.000 Lat verringert und die Darlehen gegen Sicherheiten sogar um 1 Mill. Lat. Die im Umlauf befindliche Menge der Geldzeichen der Bank hat sich allerdings von 39,1 auf 39,8 Mill. Lat vergrößert, da in der vergangenen Woche die Regierung größere Summen herausgenommen hat. Deshalb haben sich auch die Girokonti von 77,1 auf 75,8 Mill. Lat und auch die Einlagen etwas verringert.

Winterfahrplan.

Libau — Riga über Frauenburg.
Libau ab 5.43 und 17.59, Riga an 10.28 u. 22.45
Riga ab 6.00 und 16.22, Libau an 10.47 u. 21.09

Libau — Riga über Moheiti.
Libau ab 10.08 und 22.44, Riga an 16.13 u. 8.42
Riga ab 8.31 und 23.13, Libau an 15.15 u. 8.27

Bekanntmachungen.

Verein für Kinderschutz u. Waisenfürsorge

Sonntag, den 6. März 1932,

im Hotel Petersburg:

Five o'clock tea

215 Jähriger Spar- u. Darlehen-Verein „Gmilus Chesed“

Sonntag, d. 6. März 1932, 3 Uhr nachm findet Tischgespräch 27 etc.

Generalversammlung

Tagungsordnung:

- 1) Wahl des Präsidiums.
- 2) Bericht pro 1931.
- 3) Budget pro 1932.
- 4) Statuten-Änderung.
- 5) Wahlen der Verwaltung, des Aufsichtsrates, der Revisionskommission.
- 6) Diverses.

Sollte zur festgesetzten Zeit die erforderliche Zahl der Mitglieder nicht erschienen, so Artikel II, § 83 der Statuten um 5 Uhr nachm. im selben Lokal eine zweite Versammlung statt, die unabhängig von der Zahl der erschienenen Mitglieder beschlußfähig ist.

Die Verwaltung

Latein

griechisch, lettisch, russisch, französisch, englisch, deutsch

H. Sappir

Ungerstr. 11, Wohn. 4.

Junges Mädchen,

spricht deutsch, russisch, französisch, sucht Stelle zu Kindern oder andere passende Beschäftigung. Off. unter Nr. 75 an die Exp. dieser Zeitung erbeten.

Suche Stelle

als Mädchen oder als Aufwärterin. Bestehe zu Kochen und beste Empfehlung. Offerten unter Nr. 71 an die Expedition der Lib. Zeitung erbeten.

Christliche und

arbeitsame Familie

sucht Wohnstätte, der Mann Handwerker, besitzt gute Empfehlungen. Off. unter Nr. 77 an die Expedition der Libauschen Zeitung erbeten.

Der Libauer Handwerker-Verein erfüllt die traurige Pflicht des Hinscheidens seines Mitgliedes
Emilie Radaike
nur Anzeige zu bringen
Der Tod ereilte unsere am Mitgliede am 3. Februar cr. in Haarlem (Holland).

Der in Minister- u. Gerichtssachen gut eingearbeitete selbständige Geselle u. Eingebener an Behörden u. a. Institutionen ausführen kann, sucht entsprechende Anstellung. Angebote unter 80 an die Exp. d. Bzg. erbeten.

2 warme, sonnige Zimmer, gut möbliert, mit Küchenbenutzung, Telefon, bei älterer, alleinstehender Dame zu vermieten. Anrufr. 326 und Besichtigung täglich von 1—2 und 5—7 Uhr Mittags 53, B. 4. Dasselbe wird gegen Ablösung gebieten einen schwarz Leinwandstirn abzugeben, der auf dem Wege vom Bahnhof nach obiger Adresse verloren wurde

Im Zentrum der Stadt wird in deutscher Familie ein möbl., sonniges warmes Zimmer billig vermietet. Juliannenstraße 31, bei der Dellenstraße, B. 1.

Gr. unmöbl. Zimmer mit Küchenbenutzung, Wanne, Zentralheizung, Telefon, mietfrei. Nikolaistraße 19, Wohnung 5.

Renovierte Wohnung von 1—2—3 Zimmern werden an kl. Familie billig abgegeben. Schifferstr. 6.

Zu vermieten sep. gut möbl. (auch teilweise möbl.), warme, sonnige Oberwohn. u. 2 Kamm. Küche, Sparherd u. Gas, Entree, Ballon. Bäckerstraße 4, oben.

Bestehend aus 2 entl. 3 schönen sonnigen Zimmern, mit sep. Eing. im Zentrum der Stadt, Barriere, mit Bad und allen mod. Bequeml. wird vergeben. Marienstraße 7, B. 10. Zu sprechen bis 4 Uhr nachmittags.

Bestehend aus 2 entl. 3 schönen sonnigen Zimmern, mit sep. Eing. im Zentrum der Stadt, Barriere, mit Bad und allen mod. Bequeml. wird vergeben. Marienstraße 7, B. 10. Zu sprechen bis 4 Uhr nachmittags.

Die Lib. Staatliche Kommerzschnle vergibt am Montag, d. 29. Februar 1932 um 14 Uhr in den Räumen der Kommerzschnle in Libau, Ulichstrasse Nr. 5, mittelst eines

gemischten Torges die Lieferung von 15. Kub.-Faden frischen ungeflößten Birkenholzes bis zum 22. März a. cr.

Die Torgteilnehmer haben Ls. 150.— Sicherheitsgeld einzuzahlen. Schriftliche Eingaben, versehen mit Ls. 1.— Stempelmarke, sind in geschlossenen Kuverts mit der Aufschrift: „Uz 1932. gada 29. februara malkas piegades izsoli“ der Kanzlei der Kommerzschnle bis zum 29. Februar 14 Uhr einzureichen.

Die Lieferungs- und Torgbestimmungen liegen in der Kanzlei der Kommerzschnle, Ulichstrasse Nr. 5, werktätlich von 9—14 Uhr zur näheren Einsicht aus.

Deutsch-Baltischer Lehrerverband Ortsgruppe Libau.

Montag, den 29. Februar um 8 1/2 Uhr abends in der I. städtischen deutschen Grundschule, Wilhelminenstr.

ordentliche Mitgliederversammlung.

Tagungsordnung:
1) Jahresbericht.
2) Bericht der ausserordentlichen Delegiertenversammlung.
3) Kassenbericht.
4) Bericht der Unterstützungskasse.
5) Wahlen.
6) Verschiedenes.

Der Vorstand.

Gute goldene Herren-Uhr zu verkaufen bei Uhrmacher Erschke, Kaufstr. 1.

Ein gebrauchtes Nickelbett zu kaufen gesucht. Off. mit Preisangebots unter Nr. 79 an die Exp. dieser Zeitung erbeten.

KULTURBUND Tel. 14-32.

Dienstag, den 23. Febr., 6 Uhr nachm. „Die geologischen Perioden der Erden-Genesis“ (vom Gesichtspunkte des Aetherischen).

Sonntag, den 28. Febr., 6 Uhr nachm. Klavier-Abend. (Beethoven, Schumann, Chopin, Liszt).

Libauer Oper Sonntag, den 21. Februar 2-Uhr mittags zu ermäßigten Preisen zum 5. Mal O. Strauss Operette in 3 Aufzügen

„Der letzte Walzer“ Eintrittspreise v. Ls. 0,50—1,60. Die Opernkasse ist geöffnet, jeden Tag v. 4—8 Uhr abends.

Die Direktion.

Des grossen Andranges wegen **verlängern** wir den Jubiläums-Ausverkauf von Donnerstag, den 18. bis zum 23. d. M.

60 Jahre
1872-1932

Handelshaus
M. Schulmann & Söhne
Akt.-Ges.

60 Jahre
1872-1932

Jubiläums-Ausverkauf

Viele Artikel v. 30-40% billiger. Von der Inventur zurückgebliebene Ware v. 50-60% billiger.

Einige Beispiele des Preisabbaues:

Herren-Pullover, Wolle
à Ls 4.-, 5.- und 6.- pro Stück, (früher bis Ls 10.-)
Oberhemden
in hübschen Mustern mit 2 Kragen à Ls 2.90.
Herren-Kragen
in versch. Grössen à 30 S.
Herren-Socken
à 50 Sant., mit Seide gemustert à Ls 1.-
Herren-Kravatten
in hübsch. Farben 45 Sant.
Seidenschawls
weiss u. farb. 85 S. pr. Stück
Herren Plüsch-Hüte
früher Ls 22.- jetzt Ls 11.-
Taschentücher
in grosser Auswahl ab 9 Sant. pro Stück.

Schirme
mit hübschen Griffen ausnahmsweise nur Ls 4.50 pro Stück.
Damen-Strümpfe
a. bester Gobelinwolle in dunklen mod. Farb. ohne Fehler, früher Ls 3.50, jetzt Ls 2.- und 2.50 pro Paar.
Dieselben in hellen Farben à Ls 1.40 pro Paar.
Diverse andere Sorten Strümpfe darunter auch Leinwand, sehr preiswert Ls 1.70 das Paar.
Kinder-Pullover
à Ls 1.50 und 2.- pro Stück
Kinder Patent-Strümpfe
in schwarz und braun mittlere Grössen à 40 Sant.
Charmes Schlüpfer
à Ls 3.50.

Handtaschen
sehr billig Ls 5.-, 6.- und 7.- pro Stück
Kombinees ab Ls 4.-
Damen-Nachthemden
à Ls 3.-
Damen-Taghemden
à Ls 1.50
Damen-Kleider
zu halben Preisen.
Damenschirme
mit modernen Griffen à Ls 4.50 solange der Vorrat reicht.
Wollene Unterwäsche
zu besonders billigen Preisen.
Damen-Galoshen
beige à Ls 2.75.
Für Kinder und Mädchen à Ls 1.80-2.20.

Gestrickte Damen Pullover, Jacken, Handschuhe Schlüpfer und viele andere Artikel bedeutend unter dem Preise.

Bei jedem Einkauf als Andenken an das Jubiläum eine Gratis-Zugabe.

Für Rechnung eines Lieferanten werden Pelzwaren mit 50% unter dem Preis verkauft.

Lombardscheine

für Gold, Brillanten u. Silberfächer werden gekauft. Off. mit näheren Angaben sub. 1080 an die Exp. d. Stg.

Autobusverkehr. LIBAU-WINDAU

über Sackenhäuser, Jurkalin, Sarwaten ab 22. Februar.
Montags, Mittwochs, Freitags und Sonnabends.
Ab Libau (Rosenpl.) 5.30 morg.
Ab Windau (Goldingsche Strasse) 4.00 nachmittags.
Nähere Auskünfte in Libau Nikolaistr. 28 Tel. 1478.

E. Matthies TANZ-KURSE

Kaufstr. Nr. 3.
Die Kurse beginnen am Montag, d. 29. Februar 1932 um 7 und 9 Uhr abends.

Anmeld. tägl. v. 5-9 Uhr abends.

Galoschen-Reparatur.

Wenn Sie Ihre Gesundheit schonen wollen, so achten Sie darauf, daß Ihre Galoschen stets in Ordnung sind. Gut repariert mit nur bestem Material erhalten Sie nur in der Werkstatt
B. KAHN, Thomastr. 34

Steinhaus,

zweistöckig, mit 4 grossen Wohnungen. Grundfläche ca. 350 Quadratfaden, im Anlagenviertel gelegen, ohne Vermittler gegen Baarzahlung zu verkaufen. Off. rufen unter Nr. 67 an die Exped. der Lib. Zeitung erbeten

Suche einen bequemen fahrbaren Krankenstuhl zu kaufen.
Dr. M. Weisreich, Kornstr. 42.



Lieber Liebermann, Tel. 9-29.



Freie Fahrt zur Leipziger Messe!

Leipziger Frühjahrsmesse 1932:

Nähere Bedingungen bei den führenden Reisebüros und dem Ehrenamtlichen Vertreter:

Kurt Loh, Libau, Ulichstr. 25, Telefon 71

Mustermesse 6. bis 12. März Grosse Technische Messe und Baumesse 6. bis 13. März. Textilmesse 6. bis 9. März. Sportartikel- und Möbelmesse 6. bis 10. März.

D. Bernitz, Weidenstrasse 11.

Umzugshalber verkaufe sämtliche Waren zu spottbilligen Preisen. Ab 1. März er. eröffne ich mein Geschäft Kornstr. Nr. 43, neben Café Dierberg.

PS. Billige Preise, kein Kaufzwang, erstklassige Waren. Nutzen Sie die Gelegenheit aus.

Rasch sollen die Schmerzen verschwinden

und deshalb machen Sie den Versuch bei Kopfschmerz, Migräne Neuralgien oder rheumatischem Zahnschmerz: Citrovaniile Otto nehmen, das unschädliche, rasch und mild wirkende Mittel. Es hat sich jahrzehntelang immer bewährt. Als Taschenmittel ist Citrovaniile ein stets zuverlässiger Begleiter. Achten Sie auf den Namen und verlangen Sie ausdrücklich

ORIGINAL OTTO
CITROVANILLE

Manicure

und Frisieren à 40 Sant. Wilhelmstrasse 18, Wohn. 2. Kd. Mewodjew.

Zu verkaufen:

1 gr. eichen. Speisetisch, 1 gr. eichen. Buffet, 1 Eisschrank und and. Gegenstände. Ulichstr. II, W. 7. Zu besehen von 10-12 und 3-6 Uhr

Wohne jetzt:

Juliannen-Strasse 34, übernehme jegl. Korsett-Arbeit. Neue Modelle eingetroffen. Mässige Preise. M. Brenner, Juliannen-Str. 34.

Ein selbstfüllender sicherer Kaler,

durchsichtig, mit grossem Tintenraum, nie klecksend, stets schreibfertig, vorrätig bei

Lieber Liebermann, Tel. 9-29.

Höchst interessant für Alle!

Saal des deutschen Knabengymnasiums, Neue Teichstr. 11 - Mittwoch, den 24. Februar, 1/29 Uhr abends:

Grosser Lichtbild-Vortrag

des bekannten Tierforschers und Verfassers des Werkes „Tiere sehen Dich an!“

PAUL EIPPER

über das Thema: — „Freundschaft mit Tieren.“ —

Wunder um Wunder aus dem Tierreich. — Mit der Kamera in das Leben der Tiere. — Auch Tiere haben eine Seele! — Wie Tiere lachen und weinen! — Ihre Leidenschaften, Freuden und Sorgen. — Das Tier des Menschen Freund. — Phantastische Aufnahmen. — Spezial-Aufnahmen von Hedda Walther, der anerkannt besten Tierphotografin.

Karten von Ls 2.- bis Ls. 0.50 erhältlich bei „Goegginger“, Rosenplatz 13. Schülerkarten nur am Vortragsabend an der Abendkasse.

Manufakturwarenhandlung

J. LEMPERT,

Kornstrasse Nr. 54

Ab Montag, den 22. Februar 1932, wegen vollständiger Liquidation meines Geschäfts

gänzlicher Ausverkauf

Alle lagernden Stoffe zu Liquidationspreisen erhältlich.

Kaufe Brillanten, Gold, Silber und Lombardscheine.

Uhren- u. Juweliengeschäft Kornstr. 39, Hans Daon

Vortrag:

Wo gibt es Gewissheit und Autorität?

Sonntag, den 21. Februar, um 4 Uhr nachmittags.

DEUTSCHE NEUE KIRCHE, Kaufstrasse 6

Willkommen! Willkommen!

RIGA.

Absteigequartier Rainis-Boul 3, Parters, Frl. v. Kessler.

Achtung - noch nie dagewesen die Stricke der E-ma „KONKURENCIJA“, Kaufstr. 4 Inb. I. Eltermann vis-à-vis der Möbel-Ausstellung

INVENTUR-AUSVERKAUF

zu stark herabgesetzten Preisen.

Nur 6 Tage! Von Montag, d. 22. bis Sonnabend, d. 27. Februar 1932.

Herren-Pullover, Wolle	à Ls. 3.50
Damen-Jacken, "	" 3.-
Damen-Jumper, "	" 2.50
Kinder-Kostümchen, Wolle	" 2.50
Kinder-Pullover, Wolle	" 1.50
Damen-Strümpfe, Gobelinwolle	" 1.40
Seidene Schlüpfer	" 1.50
Seidenschawls	" 0.85

Schirme, Damenwäsche wie auch andere Artikel werden zu bedeutend herabgesetzten Preisen verkauft.

Bitte sich gefl. zu überzeugen.

Kein Kaufzwang.

Die neue Riegert Schokolade
= SURPRISE =
ist höchste Qualität und enthält Seidenstickerei für Handarbeiten.

Verband der Zionisten

Revisionisten.

Ostgruppe Libau

veranstaltet Sonntag, den 21. Febr. 1932

präzise 9.30 u. abends

im Ver. Anstalt, Poststr. 9 abends

Mündliche Zeitung

mit reichhaltigem Programm

Unter anderem wird eine neue Politische Revue

aufgeführt

Der Vorstand

Nur noch eine Woche

Grosser Inventur-Ausverkauf

zu besonders herabgesetzten Preisen.

Versäumt nicht diese günstige Gelegenheit.

Schuhhaus A. Plotkin,

Rosenplatz 8. Tel. 288.

Beginn der großen japanischen Offensive.

Die letzten japanischen Vorbereitungen.

LTA. London, 19. Februar. Die Nachrichten aus Schanghai besagen, daß fast keine Hoffnungen vorhanden sind, den japanischen Generalangriff im letzten Augenblick zu vermeiden. Der Angriff soll von den zahlreichen japanischen Kriegsschiffen, die in voller Kampfbereitschaft bei der Festung Wufung vor Anker liegen, durch ein verheerendes Geschützfeuer auf die chinesischen Stellungen eröffnet werden. Die Generalfonjeln der fremden Mächte in Schanghai haben ihre Bürger bereits aufgefordert die gefährdete Zone zu verlassen.

In Tschapen und Wufung ist vorläufig noch alles verhältnismäßig ruhig, obgleich auf beiden feindlichen Seiten große militärische Regsamkeit herrscht. Gerüchten zufolge soll das chinesische Militär fast keine Munition mehr besitzen, es sei aber trotzdem entschlossen, Wufung mit allen Kräften zu verteidigen. In einem Bericht des japanischen Generalstabes heißt es, die chinesischen Besetzungen und Unterstände seien nach demselben Muster errichtet worden, wie die deutschen Unterstände und Besetzungen an der Westfront während des Weltkrieges.

Der Lokator Mitarbeiter der „United Press“ berichtet, eine namentlich nicht genannte europäische Großmacht habe der japanischen Regierung offiziell mitgeteilt, daß die Sowjetunion ihre Garnisonen im mandchurischen Grenzgebiet verstärkt und Vorbereitungen zum Einmarsch der Roten Armee in die Mandchurei trifft, wenn es im Interesse der Sowjetunion notwendig werden sollte.

Marshall Tschiang-Kaischek wird in den nächsten Tagen in Schanghai erwartet, — nach einer Version um die Verteidigung von Schanghai zu organisieren, nach einer anderen — um noch im letzten Augenblick Verhandlungen mit den Japanern einzuleiten. Gerüchten zufolge sei Tschiang-Kaischek für einen Ausgleich mit Japan günstig gestimmt.

Das Haupt der chinesischen Regierung Wang Tsching-Wey erklärt in einem Aufruf: „Ich verlasse mich abgesehen auf die Mitarbeit des chinesischen Volkes, die im jetzigen ersten Augenblick dringend notwendig ist. Es wäre bedauerlich nutzlos zu sein, man muß sich aber auch nicht in leeren Phrasereien ergehen. Wir müssen kaltblütig mit der Wirklichkeit rechnen und nicht vergessen, daß China weit hinter den anderen Nationen zurückgeblieben ist. China ist bereit Verhandlungen zu führen, vorausgesetzt daß Japan völlig die Absicht aufgibt, China zur Unterzeichnung solcher Verträge zu zwingen, die ihm seine Souveränitätsrechte rauben und es national erniedrigen.“

Chinas Abwehrmaßnahmen bei Schanghai.

LTA. London, 19. Februar. Neuter berichtet aus Schanghai, daß der Kommandeur der chinesischen 19. Armee im Zusammenhang mit dem japanischen Ultimatum folgendes erklärt hat: „Vor Japan werde ich mein Haupt nicht beugen. Ich werde die Verteidigung meines Vaterlandes fortsetzen.“

Man glaubt, daß 18.000 japanische Soldaten wegen zum Generalangriff vorgehen und versuchen werden, die Chinesen aus ihren Stellungen zu verdrängen. Im internationalen Viertel sind wieder mehrere Granaten explodiert. Menschenopfer sind nicht zu verzeichnen.

LTA. Tokio, 19. Februar. Neuter berichtet, daß der japanische Kriegsminister seine Regierung auf

die Verschärfung der Lage in Schanghai aufmerksam gemacht hat. Die Chinesen konzentrieren dort fortgesetzt große Truppenkontingente, die unter persönlichem Befehl des Marshalls Tschiang-Kaischek stehen. Wie von maßgebender Seite verlautet, wird das japanische Kabinett „alles tun, um die Schaffung einer Situation zu vermeiden, die die japanische Kriegserklärung an China notwendig machen würde.“

Der Beginn des japanischen Angriffs.

Schanghai, 20. Februar. (Spezialbericht). Der Kommandant der japanischen Truppen hat um 2 1/2 Uhr nachts lettlandischer Zeit Befehl zum Generalangriff gegen Schanghai gegeben, da die chinesische Regierung trotz einer Fristverlängerung von einer halben Stunde das japanische Ultimatum nicht beantwortet hat. 10 japanische Bombenflugzeuge sind sofort aufgestiegen und haben im nördlichen Teil von Tschapen Bomben abgeworfen. 120 weitere Bombenflugzeuge und 60 Jagdflugzeuge sind startbereit. Die Artillerie hat ein heftiges Trommelfeuer auf die chinesischen Stellungen begonnen. Das Hauptgewicht der Offensive ist auf den linken Flügel der chinesischen Stellungen gerichtet, um die Stellung bei Kiangwan unhaltbar zu machen.

Das strategische Ziel der Japaner.

Schanghai, 20. Februar. (Spezialbericht). Um 10 Uhr 40 Minuten endemittags waren die letzten Vorbereitungen der Japaner zum Generalangriff beendet. Die Japaner dringen zwischen Tschapen und Hongkew in westlicher Richtung auf das 2 Meilen westlich gelegene Kiangwan vor. Ihr Ziel ist die Besetzung der Eisenbahnlinie von Wufung, um danach zum Schlag gegen Tschapen auszuholen. Japanische Flugzeuge bombardieren gegenwärtig Kiangwan.

Die Unabhängigkeit der Mandchurei proklamiert.

Mudan, 19. Februar. Die Unabhängigkeitserklärung für die Mandchurei ist veröffentlicht worden. Der Gebietsteil, der zu einer unabhängigen Republik gemacht wurde, umschließt die mandchurischen Gebiete von Kirin, Heilungjiang, Kiaoting und Chachin, ferner Jehol im Norden des eigentlichen China und einen Teil der Mongolei.

Der Name des Präsidenten der neuen Republik ist noch nicht bekanntgegeben worden. In einigen Stellen heißt es, daß es der frühere chinesische Kaiser Puyi sei, dem man die Präsidentschaft auf Lebenszeit übertragen hätte.

Anklich wird mitgeteilt, daß Japan die unabhängige Mandchurei nicht anerkennen werde, sofern die politischen Führer nicht klar zeigen, daß sie vollkommen unabhängig von irgendwelchen politischen Bindungen seien.

England und der fernöstliche Konflikt.

LTA. London, 19. Februar. Der britische Außenminister Sir John Simon hat sich gestern viermal zur Abreise nach Genf bereit gemacht, aber jedesmal mußte er durch wichtige Geschäfte seine Abreise aufschieben. Neuter zufolge ist Simon von Genf nach London zurückgekehrt, um vom Kabinett Vollmachten zur Einhaltung einer „festen politischen Linie in bezug auf die Ereignisse im Fernen Osten“ zu erhalten. Gestern trafen in London Telegramme sehr ernsten Inhalts aus China und Japan ein.

Die Regierungsbildungsverhandlungen in Frankreich.

LTA. Paris, 19. Februar. Das neue französische Kabinett ist noch nicht gebildet worden. Painlevé führte in der vorigen Nacht Verhandlungen mit den Führern der linken bürgerlichen Parteien und mit den Führern der bisherigen Koalition, darunter mit Tardieu und Reynot. In den Morgenstunden erstattete Painlevé Bericht über das Ergebnis seiner Bemühungen. Er habe die Absicht gehabt ein „Ausgleichskabinett“ auf breiter Grundlage zu bilden, wozu die radikale Partei und die anderen linksbürgerlichen Gruppen bereits ihre Zustimmung gegeben hätten. Während der Verhandlungen habe er Tardieu ersucht, das Portefeuille des Kriegsministers weiter zu behalten, während Laval das Außen- und Reynot das Kolonialministerium übernommen hätten. Für sich wollte Painlevé außer dem Premierposten auch noch das Innenministerium reservieren. Dieses Angebot wurde jedoch von den Parteiführern nach längerer Beratung abgelehnt. Tardieu und Reynot hätten verlangt, daß das Innenministerium einer ihnen politisch nahestehenden Person übergeben werde. In diesem Zusammenhang mußten die Verhandlungen vorläufig unterbrochen werden.

Heute nachmittag wird Painlevé seine Verhandlungen mit den Parteiführern erneuern. Wie verlautet, ist er entschlossen ein Kabinett auch ohne Beteiligung Laval's, Tardieu's und Reynot's zu bilden, seine Aussichten werden jedoch nicht mehr so günstig bewertet, wie anfangs. Selbst wenn es ihm gelingen sollte, die Regierung zu bilden, so sei es noch sehr fraglich, ob das Kabinett Painlevé eine Mehrheit in der Kammer finden wird.

LTA. Paris, 19. Februar. Painlevé hatte heute um 10 Uhr abends Pressevertreter zu sich gebeten, um ihnen Erklärungen in der Frage der Regierungsbildung abzugeben. Painlevé sprach die Hoffnung aus, daß es ihm noch bis heute abend gelingen werde die Verhandlungen abzuschließen. Gerriot hat es abgelehnt, ein Portefeuille im Kabinett Painlevé anzunehmen.

Die Versuche Painlevé's gescheitert.

Paris, 20. Februar. (Spezialbericht). Heute früh hat Painlevé auf die Kabinettsbildung verzichtet, da die Verteilung der Portefeuilles unüberwindliche Schwierigkeiten machte. In einer Er-

klärung an die Presse sagt Painlevé, die linken Parteien hätten ihm bei seiner Aufgabe, ein Kabinett der republikanischen Versöhnung zu bilden, volle Mitwirkung zugesagt. Die von anderer Seite erhoffte Unterstützung sei jedoch verweigert worden. Er werde daher dem Präsidenten der Republik den Auftrag zur Regierungsbildung zurückgeben.

Paris, 20. Februar. (Spezialbericht).

Die Habasagentur glaubt, daß der Präsident der Republik nunmehr Paul Boncour oder Barthou, jedenfalls aber einen Senator mit der Kabinettsbildung betrauen werde.

Demonstrationen gegen den Sturz von Laval.

LTA. Paris, 19. Februar. Die Anhänger der französischen extremen Rechtsparteien veranstalteten gestern eine Demonstration gegen den Sturz des Kabinetts Laval. Eine größere Studentengruppe versuchte gestern Abend in die Wohnung des radikalen Senators Peyronnet einzudringen, welcher beinahe im Senat den Sturz des Kabinetts hervorrief. 30 Demonstranten wurden von der Polizei verhaftet.

Madonald verläßt die Klinik.

London, 19. Februar. Ministerpräsident Macdonald hat gestern die Klinik verlassen und sich sofort nach Downing-Street begeben, wo er die Sitzung des Kabinetts leitete. Er fuhr am Nachmittag nach Chequers hinaus. Trotz der Binde, die er noch über dem linken Auge trägt, sah er vollkommen erholt aus.

Diskontfahermäßigung in England.

LTA. London, 19. Februar. Die Bank von England hat den Diskontsatz von 6 auf 5 Prozent herabgesetzt. Diese Maßnahme hat in der Londoner City und auf der Effektenbörse große Belebung der Geschäfte zur Folge gehabt. Es ist die erste Ermäßigung des Diskontsatzes seit Aufhebung des Goldstandards in England. In Preisen der City hat die Senkung des Diskontsatzes angenehme Ueberraschung hervorgerufen, da niemand erwartet hatte, daß die Bank von England schon so rasch diese Maßnahme ergreifen würde. In Londoner Finanzkreisen betrachtet man dieses als Anzeichen der Besserung der internationalen Finanzlage. Obgleich die Ermäßigung des Diskontsatzes erst heute in Kraft tritt, reagierten die Londoner Effektenbörse schon gestern lebhaft darauf. Die Kurse der staatlichen Wertpapiere sind stark gestiegen.

Auch in Newnort hat die Senkung des Diskontsatzes den besten Eindruck hinterlassen. Ein führender Newnorter Bankier äußerte sich hierzu wie folgt: „Die Ermäßigung des Diskontsatzes signalisiert den Sieg der englischen Zentralbank über die Inflation, die England seit der Aufhebung des Goldstandards brohte. Man kann jetzt erwarten, daß das englische Wirtschaftsleben wieder bergauf gehen wird.“

Eine Verschwörung in Spanien aufgedeckt.

LTA. Madrid, 19. Februar. Die Madrider Polizei ist einer Verschwörung gegen mehrere spanische Regierungsglieder auf die Spur gekommen. Vor einigen Tagen hatte die Polizei erfahren, daß die Syndikalisten Attentate gegen einige Minister vorbereiten. Es wurden sofort umfassende Gegenmaßnahmen ergriffen. Die Privatwohnungen der Minister und ihre Amtsräume werden von Geheimpolizisten bewacht.

Bombenattentat in Barcelona.

LTA. Paris, 19. Februar. Havas berichtet aus Barcelona, daß im dortigen Rathaus gestern Abend eine Bombe explodierte, die beträchtlichen Schaden anrichtete. Die Polizei hat jetzt ein geheimes Sprengstofflager aufgedeckt. Etwa 100 Bomben wurden konfisziert.

Unpolitische Nachrichten.

Ein deutscher Stratosphärenflug.

Bitterfeld, 19. Februar. Auf dem Bitterfelder Ballonplatz startete heute früh 9:28 Uhr der Ballon „Ernst Brandenburg“ zu seinem Stratosphärenflug. Dem Start gingen lange Vorbereitungen voraus; die Instrumente wurden genau geprüft, ebenso die Sauerstoffapparate. Die beiden Forscher, der Bitterfelder Ballonführer Schübe und der Berliner Student Sukstorf, erschienen in voller Polarkleidung, in schwere Pelze vermunnt und in Filzschuhen. Der Ballon „Ernst Brandenburg“ ist ein gewöhnlicher gelber Freiballon und faßt 2200 Kubikmeter Wasserstoffgas. Er führt sehr viele Instrumente mit. An der Außenseite des Ballonkorbes hängen einige Koffer, mit Seigespänen gefüllt, um bei der Landung die wissenschaftlichen Instrumente darin aufnehmen zu können. Kurz vor dem Aufstieg gab Professor Kolhörster, der wissenschaftliche Leiter der Fahrt, die letzten Anweisungen, und dann ging der Ballon hoch.

Neue Streiks in Schweden.

LTA. Stockholm, 19. Februar. Nachdem die Lohnverhandlungen in der schwedischen Zelluloseindustrie erfolglos verlaufen sind und die Arbeitgeber die Kürzung der Löhne bekanntgegeben haben, beschloß die Gewerkschaft der Papierarbeiter den Streik zu proklamieren. Der Streik wird sich auf etwa 4000 Arbeiter ausdehnen.

Ein schwerer Brand in Bilbao.

LTA. Madrid, 19. Februar. In Bilbao brach in einer Apotheke aus noch nicht aufgeklärten Gründen ein Brand aus, der sich schnell verbreitete und einen ganzen Häuserblock gefährdete. Beim Brand haben 3 Personen den Tod gefunden, während 31 verletzt wurden.

Große Schneefälle in Südtalien.

LTA. Rom, 19. Februar. In der südtalitanischen Provinz Benevento sind gestern große Schneemassen niedergegangen. Es ist ein beträchtlicher Sachschaden entstanden. Mehrere leichtgebaute Häuser und auch eine Kirche sind eingestürzt. Menschen sind nicht zu Schaden gekommen.

te ein Kommunist, der sich Anton Grünberg nennt, dessen richtiger Name aber sicherlich anders lautet. Die Beamten verhafteten außer ihm noch die Wohnungsinhaberin Anna Dis und die litauische Kommunistin Cécilie Latschaitis, die sich in der Druckerei aufhielt. Darauf legten sich die Beamten in der Wohnung in den Hinterhalt und fingen noch drei Männer ab, die die Druckerei aufsuchten. Weitere Verhaftungen sind zu erwarten.

Berichtendes.

Der Rat für die Wirtschaftsverträge hielt gestern eine Sitzung ab, auf welcher der Außenminister Sarin einen Bericht über seine Verhandlungen mit Deutschland und den anderen Staaten erstattete.

Feindliche Parteigenossen. Der Landtagsabgeordnete J. Kufain hat gegen seinen früheren Parteigenossen dem Abgeordneten J. Winter und die Mitarbeiter der Zeitung „Taisniba“ P. Tamisar und G. Pulzin wegen Verleumdung in der Presse eine Klage angestrengt. Die Klagesache ist bereits bis zum Bezirksgericht gelangt.

Zum Bau der neuen Zuckerrübenfabrik. Der Bau der neuen Zuckerrübenfabrik ist in dem Ausmaße geplant, daß sie 600 Tons Zuckerrüben täglich verarbeiten kann, um 200 Tons weniger als die litauische Zuckerrübenfabrik. In Kreuzburg, wo die neue Fabrik errichtet werden wird, werden zurzeit die Abwässerungsarbeiten ausgeführt. Alle Grundbesitzer haben Niederjale unterzeichnet, daß sie den für die Zuckerrübenfabrik erforderlichen Boden, im Ganzen ca. 25 Hektar, zu Marktpreisen verkaufen werden.

Eine Gemeindeverwaltung dem Gericht übergeben. Nach einer Revision in der Kapinischen Gemeindeverwaltung, deren Mitglieder sich ca. 4000 Lot von den für den Umbau der Grundschulen bewilligten Mitteln angeeignet haben, beschloß die Rostkische Kreisverwaltung, die Mitglieder der Gemeindeverwaltung dem Gericht zu übergeben.

Enttäuschte Hoffnungen. Ende Januar versicherten aus der Gemeinde Hadrojen die jungen Leute Jakowlew und Drosdom. In der vorvorigen Nacht bemerkten die Grenzwächter, daß in der Nähe von Kistupe zwei Männer heimlich die Grenze überschritten, um nach Lettland zu gelangen. Sie wurden angehalten, wobei es sich herausstellte, daß es Jakowlew und Drosdom waren. Beide erklärten, daß sie nach Rußland gegangen waren um dort Arbeit zu finden, aber statt dessen haben sie dort hungern müssen, deshalb hätten sie beschlossen, wiederum nach der Heimat zurückzukehren.

Ausland.

Die neue estländische Regierung.

LTA. Reval, 19. Februar. Die neue estländische Regierung stellte sich heute dem Parlament vor. Mit 65 Stimmen der Koalition (Bauernbund und nationale Zentrumsparthei) und der Deutschen gegen 29 Stimmen der Opposition (Sozialdemokraten u. zwei Russen) wurde die Regierung bestätigt. Zum Vizestaatsältesten wurde der Außenminister Tõnnisson ernannt. Die Regierungserklärung wird am nächsten Freitag verlesen werden.

Um die Abänderung der estländischen Verfassung.

LTA. Reval, 19. Februar. Das interfraktionelle Büro, welches die Vorlage zur Abänderung der estländischen Verfassung ausgearbeitet hat, hat, wie die „Kaja“ berichtet, beschlossen, daß eine Volksabstimmung durch das Parlament anzuregen wäre, nicht mit einem Zehntel Unterschriften der Wähler, wie früher vorgeesehen war.

Litauische Widerpenstigkeit sabotiert die Memelberatungen in Genf.

LTA. Romno, 19. Februar. Wie von litauischer Seite berichtet wird, vertritt jetzt die deutsche Presse in bezug auf die Memelfrage eine andere Auffassung. Der Genfer Korrespondent der „D.A.Z.“ berichtet, die Memelfrage sei in ein kritisches Stadium eingetreten, denn der Referent Colban könne trotz seiner großen Praxis keinen Ausweg finden. In Anbetracht dessen, daß dem litauischen Delegierten im Völkerbundrat Stimmrecht zukommt, könne von der Annahme eines einstimmigen Beschlusses, der das Vorgehen Litauens in der Memelfrage verurteilen würde, keine Rede sein. Es werde daher die Frage erwogen, die Angelegenheit dem Haager Gerichtshof zu übergeben. In diesem Falle müßten 2 Fragen geklärt werden: 1) ob die Amtsenthebung Böttchers erfolgt ist und 2) ob der Gouverneur des Memelgebiets grundsätzlich das Recht hat das Direktorium aufzuheben. Trotzdem könne auch diese Möglichkeit in Fortfall, denn auch ein derartiger Beschluß müßte im Völkerbundrat einstimmig angenommen werden, während Zaunius überhaupt gegen die Beratung der Memelfrage auftrat. Colban bleibe jetzt nur die einzige Möglichkeit — ein Gutachten des Haager Gerichtshofs zu beantragen, ob die Behandlung der Memelfrage zur Kompetenz des Völkerbundrates gehört. Nach den Bestimmungen des Memelstatuts könne diese Anregung nur von einer der vier Signatarmächte des Statuts ausgehen und diese Mächte hätten bisher nicht den geringsten Wunsch gezeigt ihr Recht auszuüben. Aller Voraussicht nach werde sich der Völkerbundrat als unzuständig in dieser Angelegenheit erklären, während die Signatarmächte mitteilen würden, daß sie keine Veranlassung zu einer Intervention hätten. Damit würde die ganze Angelegenheit ihr Ende finden. Deutschland würde in diesem Falle keine Möglichkeit haben, irgendwas für Memel zu tun und Memel würde der litauischen Willkür ausgeliefert sein. Die deutsche Autorität würde dadurch nicht allein in Genf, sondern auch im Osten gefährdet werden. Die Verschleppung der Memelfrage im Völkerbundrat zeige, daß nicht allein Litauen die Memelfrage ausnutzen wolle, um seine politische Kraft zu vergrößern, sondern auch einige Großmächte, um die Autorität Deutschlands zu untergraben.

Beendigung der großen politischen Debatten auf der Abrüstungskonferenz.

LTA. Genf, 19. Februar. Die großen politischen Debatten auf der Abrüstungskonferenz nähern sich dem Ende. Die Rednerliste ist fast völlig erschöpft und das Präsidium hat daher beschlossen, am Sonntagabend und Montag keine Sitzungen abzuhalten. Am Dienstag wird das Konferenzbüro zusammentreten, um den weiteren Verlauf der Arbeiten zu entscheiden. Ihre technische Arbeit werden die Kommissionen vermutlich nach einigen Wochen aufnehmen. Am 20. oder 21. März wird die Konferenz auf mindestens 3 Wochen unterbrochen werden.

Auf der heutigen Sitzung sprachen der ägyptische Delegierte, der indische Delegierte Aga-Khan und als Vektter der merikanische Delegierte.

Rußlands Rüstungszahlen.

Genf, 19. Februar. Die russische Regierung hat gestern die Angaben über ihren Rüstungsbestand veröffentlicht. Bemerkenswert ist, daß die russischen Angaben schon vor mehreren Monaten beim Völkerbundsekretariat mit der ausdrücklichen Forderung eingereicht wurden, sie nicht, wie üblich, den anderen Regierungen, sondern einzig der Abrüstungskonferenz im geschlossenen Umschlag zu übergeben. Die Gesamtsumme der russischen Effektivebestände beträgt 562.000 Mann, wovon 504.303 Mann auf Landstreitkräfte, 28.658 Mann auf die Luftschiffahrt und 29.039 Mann auf die Marine entfallen. Der Mannschafbestand der militärischen Organisationen beläuft sich auf insgesamt 58.590 Mann. Die Zahl der russischen Kriegsflyzeuge wird mit 750 angegeben. Die russische Marine besteht u. a. aus zwei Kreuzern, 17 Torpedobooten, 16 Unterseebooten, zwei Minenlegern und sechs Minenjündern, ferner vier Schulschiffen. Die Budgetausgaben der Sowjetregierung für militärische Zwecke betragen insgesamt 1.290.000.000 Rubel jährlich.

Verbot einer nationalsozialistischen Zeitung.

LTA. Berlin, 19. Februar. Der ostpreussische Oberpräsident hat die in Königsberg erscheinende nationalsozialistische „Preussische Zeitung“ auf eine Woche verboten. Die Zeitung hatte einen Artikel über die letzten Ereignisse im Memelgebiet gebracht, in welchem die deutsche Gesandtschaft in Romno und insbesondere der Gesandte Morath beschimpft wurden.

Bei zahlreichen Beschwerden des weiblichen Geschlechts bewirkt das natürliche „Franz-Josef“-Wasser die allerbeste Erleichterung. Zeugnisse der Kliniken für kranke Frauen bezeugen, daß das sehr mild abführende „Franz-Josef“-Wasser besonders bei Wöchnerinnen mit ausgezeichnetem Erfolge angewandt wird. Zu haben in Apotheken u. Drogerienhandl.

Solales.

Das Sprachenverbot.

Wenn die zaristische Regierung seiner Zeit ihren deutschen Untertanen den Gebrauch ihrer Muttersprache ganz verbot, so war das eine ganz bewußte Zwangsmaßnahme, durch welche die unruhig wachsende Bevölkerung über die Mißerfolge in der Kriegsführung hinweggeläutert werden sollte. Wenn unsere demokratische Regierung sich veranlaßt sieht, auf dem Wege der Notverordnung eine freilich nicht so weit gehende, aber doch auf derselben Linie liegende Bestimmung herauszubringen, so läßt sich das wohl auch nur dadurch erklären, daß sie damit ihre Popularität zu retten hofft, die durch die sichtliche Niedergelagenheit in der Wirtschaftskampagne immer mehr ins Schwanen gerät.

Sachlich gerechtfertigt erscheinen diese Bestimmungen in ihrer ganzen Schärfe, jedenfalls durch nichts. Weder können sie dazu angetan sein, das Ansehen unseres Landes im Auslande zu festigen, noch auch werden sie natürlich die Einstellung der betroffenen Minderheiten im Lande günstig beeinflussen.

Dem daß die „Bestimmungen über die Staatsprache“ in ihren praktischen Auswirkungen eine reibungslose Zusammenarbeit der Bevölkerung und der Behörden besonders in den größeren Zentren zum mindesten stark erschweren werden, das liegt auf der Hand. Daß die Folge davon nur unerwünschte Störungen im wirtschaftlichen Leben, Mißstimmungen und Verärgerungen sein können, das läßt sich schon heute voraussagen.

Wir können deshalb nur der sicheren Hoffnung Ausdruck geben, daß in unserer Stadt, wo mit einem verständnisvollen Entgegenkommen von allen Seiten gemäß gerechnet werden darf, die Härten des Sprachenverbotes nicht allzu unliebsam in Erscheinung treten werden.

Die Stadt Libau wünscht ein Moratorium.

Stadtmitschung vom 19. Februar.

—d. In Anbetracht der, durch die Krisenzeit bedingten allgemeinen wirtschaftlichen Notlage d. Städte, hat der Städteverband bei der Regierung die Gewährung eines Moratoriums beantragt. Die Anregung ist auf einer interessierten Beratung dahin abgeändert worden, daß derartige Moratorien von Fall zu Fall nur denjenigen Städten gewährt werden sollen, wenn sie alles getan haben, um sich aus eigenen Kräften aus der Notlage zu retten. Da die Stadt Libau einerseits große Summen in das Elektrizitätswerk investiert und dabei die in Aussicht gestellten Darlehen nur zum Teil erhalten hat, andererseits aber bei Zusammenstellung des Budgets durch Verringerung der administrativen Ausgaben und Zusammenlegung von Schulen ihr Bestreben nach größter Sparsamkeit deutlich erwiesen hat, ist die Stadtverwaltung der Ansicht, daß der Stadt Libau in erster Linie ein Moratorium zu bewilligt sei.

Das Wohlfahrtsministerium hat seine Zustimmung zu der vom Stadtrat beabsichtigten ärztlichen Behandlung der Arbeitslosen, die bei den öffentlichen Arbeiten beschäftigt werden in der Ambulanz des Stadtkrankenhauses gegeben. — Für die Feier zu Ehren der Schriftstellerin Brigaber wird das Stadttheater am 5. März kostenfrei zur Verfügung gestellt. — Es wird beschloffen, L. Schalmin im Armenhause und H. Progulbitski im Säuglingsheim unterzubringen. — Eine Reihe von wenig begründeten Gesuchen um soziale Fürsorge wird abgelehnt.

— Eine Kirchenratsitzung findet, wie uns mitgeteilt wird, heute, den 20. Februar um 7 Uhr abds. im Solale Stenderstraße 3 statt. Gleichzeitig werden wir gebeten darauf hinzuweisen, daß die Wahlen des Kirchenrates für das nächste Triennium auf den 19. und 20. März angelegt worden sind.

—d. Der Landeswehrverein hatte, zu gestern Abend die Vertreter der deutschen Organisationen u. Vereine zu einer Besprechung geladen. Es kam zu einer regen Aussprache, bei der von familiären Reden darauf hingewiesen wurde, daß die Not der Stunde eine Einmütigkeit des gesamten Deutschtums der Stadt dringend fordere. Allgemein wurde die Ansicht vertreten, daß eine enge Zusammenarbeit aller Kreise der deutschen Bevölkerung im Rahmen der d.-b. Arbeitsgemeinschaft zu fördern sei.

— Der Jugendbund „Wandervogel“ veranstaltet am morgigen Sonntag um 5 Uhr nachm. in der Reimerschule eine Eltern- und Freundes-Abend. Das Programm bringt u. a. ein Hans Sachs-Spiel, Volkslieder und Volkstänze.

— Ev. Verein junger Mädchen. Sonntag, den 21. Februar 4 Uhr nachmittags Generalversammlung. Die Mitglieder werden gebeten pünktlich und vollständig zu erscheinen.

— Ev. Jünglingsverein. Sonntag, den 21. Februar 1932, 8 Uhr Mitgliederversammlung. Radio-Gäste — auch Damen — willkommen.

× Im Libauschen Neuen Theater gelangt Sonntag, um 8 Uhr abends die Operette „Friederike“ („Goethes Jugendliebe“) zu billigen Preisen zur Aufführung.

— Das Konzert des Oratorium-Chors des Süd. Musik-Dramat. Kunstvereins, das heute im Stadttheater stattfindet, beginnt, worauf wir hingewiesen gebeten werden, präzise um 9 Uhr.

— 5 Uhr Tee des Kinderkrisenvereins. Wir werden um Aufnahme folgender Zeilen gebeten: „Wir kommen nach langer Zeit wieder mit dem so bescheidenem Arrangement eines 5-Uhr-Tees. Unsere Mittel sind vollständig erschöpft und wenn man uns nicht materiell beisteht, wie es in all den 23 Jahren so gütig geschehen ist, so wissen wir nicht, wie wir unsern ca. 30 armen Tageskindern, für die wir keine andere Unterstützung bekommen, als nur im spielen.

Der Mordprozeß Lambert vor dem Bezirksgericht.

—d. In seiner gestrigen Sitzung verurteilte das Bezirksgericht den 24-jährigen Peter Lambert wegen eines Doppelmordes zu lebenslänglicher Zwangsarbeit.

Wie erinnerlich wurde im vergangenen Jahre am 14. Februar in der Breckulnischen Gemeinde im Wisen-Gesinde das Ehepaar Dohnin das Opfer eines grausigen Mordes. Als am Morgen des 14. Februars, die Nachbarn ins Wohnhaus einbrangen, da am Tage vorher die Fensterläden nicht geöffnet worden waren und die Bewohner auch sonst bisher kein Lebenszeichen von sich gegeben hatten, fanden sie die 48-jährige Marieta Dohnin im Bett tot vor; sie war durch 6 Messerstiche getötet worden. Ihr 68-jähriger Gatte Krišch Dohnin lag in seinem Blute auf dem Fußboden. Kopf und Brust waren von unzähligen Messerstichen verletzt.

Die sofort eingeleitete Untersuchung ergab, daß der Mörder nur unter den nahen Bekannten des ermordeten Ehepaars zu suchen war. Im Zimmer befand sich nämlich ein drittes Bett, das ebenfalls benutzt worden war. Mutmaßlich hatte sich der Mörder, der ein guter Bekannter gewesen sein mußte, aufs Bett gesetzt und sich mit seinen Opfern zuerst noch unterhalten, bevor er sie überfiel und erstach. Ein weiterer Umstand der dafür sprach, daß der Mörder keine fremde Person gewesen sein konnte, war der, daß er ohne Gewaltanwendung ins Haus gekommen war.

Unter dem dringenden Verdacht des Doppelmordes wurde daraufhin der Sohn der Wirtin und Stiefsohn des alten Dohnin, der Peter Lambert verhaftet. Er leugnete bis zuletzt seine Schuld. Die nähere Untersuchung förderte weitere erdrückende Verdachtsmomente zutage. Lambert konnte kein einwandfreies Alibi aufbringen. Er war am Nachmittage in ein benachbartes Gesinde zu Verwandten gefahren und hatte sich dort längere Zeit aufgehalten. Auf dem Heimwege muß er dann die grauenhafte Mordtat begangen haben. Weiter belasteten ihn die Blutspuren, die am Tatorte vorgefunden wurden: an seiner Hand befand sich nämlich eine Wunde, die er sich durch den Tritt eines Pferdes zugezogen haben sollte. Die Beschaffenheit der Verletzung war aber nicht der Art, daß man ihm hätte Glauben schenken können, sondern war viel eher eine Schnittwunde, die er im heißen Kampfe mit dem durchaus noch rüstigen Dohnin erlitten haben mußte. Sonderbar war es auch, daß er bei der Untersuchung stets

die Wunde zu verbergen suchte. Ferner wurden an seinen Kleidern Blutspuren gefunden, die in der gerichtsmmedizinischen Untersuchung einwandfrei als Menschenblut festgestellt werden konnten, so daß sich seine Angabe sich diese Blutspuren am Tage vorher beim Schweineschlachten zugezogen zu haben, als hinfällig erwie. Zwei Zeugen befanden sich weiterhin, ihn um die in Frage kommende Zeit auf dem Heimwege aus der Richtung des Wisen-Gesindes gesehen und der eine von ihnen sogar gesprochen zu haben, was L. jedoch strikt leugnete. Verdächtig erschien es auch, daß er sich zu Hause ohne Abendbrot zu essen direkt in sein Zimmer begab, da er augenscheinlich seine Verwundung an der Hand verbergen wollte. Nach einigen Monaten entdeckte man im Viehstall des Lambert ein Messer, das immer zum Schweineschlachten benutzt worden war, jenseitig dem Mord begangen hatte. Er gab jedoch an, von diesem Messer nichts zu wissen und es bisher nie gesehen zu haben.

Zur Gerichtsverhandlung waren 21 Zeugen geladen. Als Experten figurirte Dr. Maurin und Dr. Wedig. Die Anklage vertrat Prof. Dr. Uhdriš. Die Verteidigung führte Rechtsanwalt Schmidt. Das Zeugenverhör zog sich bis 7 Uhr abends hin. Die Plädoyers währten zwei volle Stunden. Prof. Dr. Uhdriš führte einen fast lückenlosen Indizienbeweis durch, während die Verteidigung darauf hinzuweisen versuchte, daß immerhin noch einige Lücken und Unsicherheiten vorhanden wären. So war zum Beispiel die Breite der Wunde schmaler als die Messerschneide. Dergleichen waren die Motive der Tat nicht eindeutig festzustellen. Lambert hätte als Intestaterbe wohl das Gesinde erben können, letzteres war jedoch derart tief verschuldet, daß die pekuniären Vorteile minimal gewesen wären. Es könnte sich höchstens um einen Racheakt gehandelt haben, wofür aber auch wenig Grund vorhanden war. Demzufolge plädierte der Verteidiger auf Freispruch.

Am 12 Uhr nachts erfolgte dann die Urteilsverkündung, worin das Gericht die Schuldfrage bejahte und Peter Lambert das Höchstmaß der Strafe: lebenslängliche Zwangsarbeit zusprach.

Gericht muß werden, daß bei der Voruntersuchung nicht die Fingeraabdrücke untersucht wurden, die die nähere Identifizierung des Mörders ermöglicht hätten.

Riga'sches Internationales Tischtennis-Turnier.

Der Sportverein „Union“, welcher des öfteren schon zu seinen Veranstaltungen Sport-Größen von internationalem Ruf hat herangezogen können (wir erinnern an Schwab, Valente u. a.), hält zur Zeit ein Ping-Pong-Turnier ab, an welchem zwei ausländische Spieler der Weltklasse teilnehmen — der ungarische Weltmeister Šarna und der österreichische Kohn, der bereits in Prag ausgezeichnete Leistungen aufzuweisen hatte. In Riga — und das war natürlich die Sensation des Turniers — glückte es ihm den Weltmeister zu schlagen. Daß die Gäste im Einzelspiel den lettlandischen Meistern das Nachsehen geben würden, war selbstverständlich vorauszusetzen. Nur im Gemischten Doppel mußten sie eine Niederlage einstecken, wozu wohl mehr ihre Partnerinnen die Schuld trugen. Die zahlenmäßigen Resultate lauteten: Kohn/Dschin 21:19, 14:21, 21:11, 21:12. Šarna/Finberg 21:11, 23:21, 21:19. Kohn/Šarna 17:21, 24:22, 10:21, 21:18, 21:12. — Fr. Elstermann/Dschin = Fr. Schwitowitsch/Kohn 18:21, 21:16, 22:20. Fr. K. Reblsch/Finberg = Fr. Kamas/Šarna 21:17, 10:21, 21:12. — In der Meisterschaft des Sportvereins „Union“ werden Kohn und Šarna voraussichtlich in der Schlussrunde zum zweiten Mal auf einander treffen.

Kursnotierungen.

Devisenkurse der Londoner Börse. LTA. London (Reuter amtlich). 1 Pf. Sterl. wurde notiert im Devisenverkehr in

	Vorkurs	Schlusskurs
New-York	20 11	19 11
Frankreich	87.65	87.59
Belgien	24 77 1/2	24 76
Holland	6 43	6 43
Schweiz	17 68 1/2	17 69
Österreich	8 53 50	8 53 50
Dänemark	18 7 1/2	18 17 1/2
Norwegen	18 1 1/2	18 42 1/2
Schweden	17 92	17 91 1/2
Finnland	—	220
Deutschland	14 64	14 52 1/2
Oesterreich	—	31
Tschechoslowakei	—	116 50
Polen	—	30 75
Letland	—	18
Litauen	—	31
S. S. R.	—	6 63
Gold	—	—
Estland	—	15

Rigaer Börsennotierungen

in Bats.

	20. Februar	19. Februar
1 Dollar amerikanisch	5.14	5.9
1 Pfund Sterling	17.60	18.20
100 Frs. franz.	50.35	20.45
100 Belg.	71.70	72.45
100 poln. Sch.	110.90	101.90
100 ital. Lire	27.02	27.30
100 fr. schw.	99	104
100 Kr. norw.	95	101
100 Kr. dän.	98	103
100 Oester. Sch.	—	67
100 tschechoslowakische Kr.	15.42	15.65
100 holl. Gulden	209.30	211.30
100 Reichsmark	123.85	123.65
100 finn. Mk.	7.70	8.30
100 estn. Kr.	135.05	135.05
100 poln. Zlot.	57.50	57.50
100 Lit.	51.45	51.45
Danz. Gulden	101	103

Sport

Eishockey in Libau.

Wir werden gebeten, darauf hinzuweisen, daß morgen, am Sonntag, den 21. ds. Mts., um 11 Uhr vorm. ein Wettspiel der Zweiten Runde um die Libauer Meisterschaft zwischen den Mannschaften der Olympia und des Libauer Lawn-Tennis-Klub stattfindet.

Eishockey.

Die amerikanische Eishockey-Mannschaft „Boston All Stars“ siegte in London erneut über eine englische Auswahl — sechs mit 6:3 (1:0, 4:0, 1:3). Die Amerikaner werden auch den Kontinent besuchen und in Davos, Arosa, Zürich und Bern andere Unterstützung bekommen, als nur im spielen.

Letzte Nachrichten.

Der japanisch-chinesische Konflikt wieder vor dem Völkerbundrat.

LTA. Genf, 19. Februar. Der Vorsitzende des Völkerbundesrates Paul Boncour hat den chinesischen Antrag berücksichtigt und in Anbetracht der äußerst kritischen Lage in Schanghai zu heute abend eine Sitzung des Völkerbundesrates anberaumt.

LTA. Genf, 19. Februar. Der Völkerbundrat trat heute um 6 Uhr abends zu einer Sitzung zusammen, um auf Antrag Chinas erneut den fernöstlichen Konflikt zu beraten. Der chinesische Delegierte Yen schilderte die kritische Verschärfung der Situation in Schanghai und ersuchte den Rat um dringende Maßnahmen, um neues Blutvergießen zu vermeiden. Der japanische Delegierte Sato verwarf die Behauptungen des chinesischen Vertreters zu entkräften und begründete das Vorgehen Japans mit den chaotischen Zuständen in China. Die Maßnahmen, die jetzt von den Chinesen vorgeschlagen werden, hätte man viel früher verlangen müssen. Gegenüber einer stabilen, arbeitsfähigen chinesischen Regierung hätte sich Japan ganz anders verhalten; es hätte jeder Regelung des Streits auf friedlichem Wege zugestimmt und sich an die Bestimmungen des Völkerbundespaktes gehalten. Jetzt entspreche jedoch die Anwendung des Paktes nicht mehr der in China entstandenen Lage. China sei nicht fähig die Ausländer zu schützen und die vertragsgemäßen Verpflichtungen zu erfüllen. „Wenn wir als Angreifer verurteilt werden, — sagte Sato — so muß auch das Vorgehen der anderen Mächte verurteilt werden, die bereits früher denselben Weg gegangen sind. In Schanghai nachzugeben würde bedeuten, alle japanischen Interessen in China zu opfern. Keine einzige japanische Regierung könnte dieses tun.“

Ueber die Proklamierung der mandchurischen Autonomie äußerte sich Sato, dieser Akt sei auf Initiative der mandchurischen Bevölkerung selbst geschehen. Japan sympathisiere und unterstütze begreiflicher Weise die neue mandchurische Regierung.

Eine neue außerordentliche Völkerbundratsitzung beschloffen.

LTA. Genf, 19. Februar. Der Völkerbundrat nahm auf seiner heutigen Sitzung einen Beschluß über die Einberufung der außerordentlichen Völkerbunderversammlung am 3. März zwecks Beratung des japanisch-japanischen Konflikts an.

Ein Ermächtigungsgesetz in Oesterreich.

LTA. Wien, 19. Februar. Das österreichische Parlament nahm heute ein Gesetz an, welches die Regierung ermächtigt auf dem Verordnungswege verschiedene Bestimmungen in Valuta-, Kredit- und Handelsfragen zu erlassen. Die Verordnungen der Regierung müssen jedoch die Zustimmung der Hauptkommission des Parlaments haben.

Budgetdebatten im norwegischen Parlament.

LTA. Oslo, 19. Februar. Im norwegischen Parlament haben die Budgetdebatten begonnen. Der Vorsitzende der Finanzkommission erklärte, es sei vorläufig ganz ausgeschlossen, daß Norwegen zum Goldstandard zurückkehren kann.

15 Millionen Dollar unterschlagen.

Newyork, 18. Februar. In Chicago wurde nach wochenlangen Untersuchungen gegen sechs Beamte des Bain-Bankkonzerns Anklage wegen Unterschlagung von insgesamt 15 Millionen Dollar erhoben. Der Konzern umfaßt zwölf Banken und hat im Juni des letzten Jahres die Zahlungen eingestellt. Unter Vorspiegelung falscher Tatsachen haben die Angeklagten Auszahlungen gemacht, die sich zu ihren Gunsten auswirkten. Ferner haben sie sich an Depositenverfügungen insolvent gewordener Banken beteiligt.

Kirchlicher Anzeiger.

In der hl. Dreifaltigkeitskirche.

Sonntag Memoriane den 21. Februar.
10 1/2 Uhr: Gottesdienst — (Matth. 16,21) Pastor Groß.
1/2 12 Uhr: Kindergottesdienst.

Getauft:

Ingrid Beckmann, Konstantin Gunnar Kucharik.

Gebraut:

Jugeniertechnolog Oskar Schätzle und Margarete Elisabeth Eichenbach.

Gestorben:

Leifenkommandeur Christian Neumann 76 Jahre alt.
Katharina Gerstl, geb. Witte 81 Jahre alt, Kar.
Reinhold 61 Jahre alt.

— Evangel. Gemeinschaft „Diffe“, Neue Leichstraße 15. Sonnabend, 8 Uhr abends Wochenschulversammlung. Sonntag, 12 Uhr Sonntagsschule, 5 Uhr nachm. Evangelisation, 7 Uhr abends Jugendbundsstunde, Montag 3 Uhr nachm. Mariabundstunde, 1/2 8 Uhr abends Laborbund, Mittwoch, 1/2 8 Uhr abends Jugendbundsstunde, Donnerstag, 8 Uhr abends Bibelstunde.
Jedermann ist freundlich eingeladen!

— Evangel. Gemeinschaft „Bibelstudien“, Brediger G. Luz. Sonntag, den 21. Februar 10 1/2 Uhr vorm. Morgenandacht, 12 Uhr Sonntagsschule, 5 Uhr nachm. Evangelisation, Mittwoch, 8 Uhr abends Gemeinschaftsstunde nur für Mitglieder.
Jugendheim Sonntag, 7 Uhr abends Jugendbundsstunde. Pred. R. Kalmal.

— Deutsche Seefischergemeinde „Salem“, Palmengasse 3. Sonntag, den 21. Februar 10 Uhr vorm. Gottesdienst. Predigt über: „Der Kampf um das Gehirne durch die Welterschöpfung durch Christus“. 12 Uhr Sonntagsschule 4 Uhr nachm. Predigt über: „Ich bin bei dir“. Dienstag und Mittwoch, den 23. u. 24. und Freitag, den 26. Februar 8 Uhr abends, Evangelisationsvorträge. Redner Herr R. Kaups — Dorpat.
Jedermann herzlich eingeladen.

— Deutsche Neue Kirche, Kaufstraße 6. Sonntag, den 21. Februar um 12 Uhr Kindergottesdienst. Um 4 Uhr nachm. Gottesdienst und Vortrag: „Wo gibt es Bewußtsein und Autorität?“. Donnerstag, 25. Februar um 8 Uhr abends Vortrag: „Wo ist der Weg zum Himmel?“. Alle eingeladen.
Pfarrer R. Groß.

— Christenarbeitsgesellschaft, Kaufstraße 6. Alle die sich an einem apologetischen Kursus beteiligen wollen, werden erucht sich zu melden: Alexanderstr. 21 von 3-4 Uhr, der Telefon 357.